



WIRTSCHAFTSPERSPEKTIVEN 2018

Was kommt auf unsere Wirtschaft zu?

Schwerpunkt: Themen auf europäischer Ebene
und die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs



Vorlesung von Gastprofessor Dr. Christoph Leitl
 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
 Präsident der Europäischen Wirtschaftskammer
 an der Wirtschaftsuniversität Wien
 am Donnerstag, 25. Jänner 2018
 9.00 bis 11.00 Uhr, Festsaal 2, Gebäude LC, Campus Wien

WIRTSCHAFTSPERSPEKTIVEN 2018

Was kommt auf unsere Wirtschaft zu?

Inhalt

I.	WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH.....	3
1.	Konjunktur- und Wachstumsaussichten	3
2.	Eine Standortanalyse Österreichs.....	7
3.	Empfehlungen zur Stärkung des Standorts.....	12
II.	EXPORT ALS ÖSTERREICHS KONJUNKTURMOTOR.....	14
1.	Österreichs Außenhandel im Überblick.....	17
2.	Die Warenstruktur des österreichischen Außenhandels.....	19
3.	Dienstleistungsexporte mit großem Potential	20
4.	Steigender Wert österreichischer Direktinvestitionen im Ausland.....	22
5.	Die Services der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA	24
III.	EUROPÄISCHE UNION	29
1.	Warum Europa für Österreich wichtig ist	29
2.	Auch die EU-Exportwirtschaft auf Rekordkurs	32
3.	Österreich in der EU oder Öxit?.....	33
4.	Brexit.....	34
5.	Die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018.....	36
6.	Interessenvertretung auf europäischer Ebene	38
7.	Die Europäische Wirtschaftskammer - EUROCHAMBRES	39
IV.	PUBLIKATIONEN	41

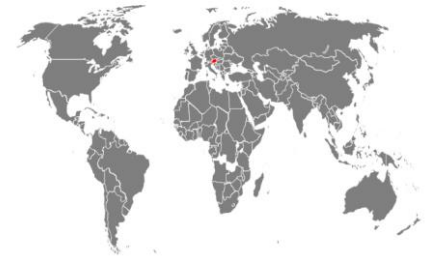
Bei Fragen zur Vorlesungsunterlage wenden Sie sich bitte an Mag. Bernadette Havel,
 per E-Mail unter bernadette.havel@wko.at.

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurde in der vorliegenden Unterlage auf die explizite geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet.



I. WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH

1. Konjunktur- und Wachstumsaussichten



Die internationale Konjunktur ist kräftig: Die Konjunktur der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2017 deutlich beschleunigt und hat beinahe alle Weltregionen erfasst. Die Wachstumsbeschleunigung wurde maßgeblich von den entwickelten Volkswirtschaften getragen, wobei sich die Lage in allen wichtigen Regionen (USA, EU, Japan) verbesserte. Begünstigt wird die Entwicklung durch die Niedrigzinspolitik, den Rückbau der Staatsverschuldung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern. Auch die Schwellen- und Entwicklungsländer entwickelten sich positiver.

In den USA wuchs die Wirtschaft auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 in hohem Tempo. Ein Risiko für die Konjunktur kommt von den Finanzmärkten. Der S&P-500-Aktienindex lag Ende 2017 weit über seinem Niveau von 2007. Eine Korrektur der Aktienkurse kann also für die nächste Zeit nicht ausgeschlossen werden.

Höchstes kumuliertes BIP-Wachstum; Jahre 2010 bis inkl. 2016

	2010-2016	
Irland	50 %	TOP-1
Malta	33 %	TOP-2
Litauen	23 %	TOP-3
Estland	22 %	TOP-4
Lettland	21 %	TOP-5
USA	13 %	
Deutschland	11 %	
EU	8 %	
Österreich	7 %	
Japan	6,0 %	
Italien	-2 %	

Quelle: Europäische Kommission

Im Euro-Raum ist der Konjunkturaufschwung breit aufgestellt, die Wirtschaft wächst in fast allen Ländern stark. Insbesondere in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien - den vier größten Ländern der Währungsunion - expandierte das BIP im III. Quartal 2017 kräftig. Zu der guten Stimmung trägt auch die kontinuierliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt bei.

Die konjunkturellen Frühindikatoren bleiben für den Euroraum positiv und weisen auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Die Unsicherheiten haben sich in den vergangenen Monaten reduziert, Vertrauensindikatoren basierend auf Konsumenten- und Unternehmensbefragungen deuten auf einen anhaltenden Aufwärtstrend hin. Gesamtwirtschaftlich sollte im Euroraum der positive Ausblick der Weltwirtschaft für steigende Exporte sorgen und zudem die Verbesserung am Arbeitsmarkt und bei den Kreditvergabekonditionen die Inlandsnachfrage weiter unterstützen.



Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %	2017	2018	2019
China	+6,8	+6,3	+6,0
USA	+2,3	+2,4	+1,8
Euroraum 19	+2,3	+2,4	+1,9
Deutschland	+2,3	+2,6	+1,8

Quelle: WIFO

Risiken haben in den letzten Monaten abgenommen, sind aber nach wie vor ausgeprägt

Eine Vielzahl von bestehenden Risiken haben im Laufe des Jahres etwas an Bedeutung verloren. Dies führte dazu, dass sich die Konjunktur der Weltwirtschaft festigen konnte, das Verbrauchervertrauen deutlich zugenommen hat und sich auch die Erwartungen der Unternehmen aufgehellt haben.

Dennoch bestehen weiterhin eine Vielzahl von Risiken, auch wenn die Wirtschaft und die Finanzmärkte robuster gegenüber den vielfältigen Risiken geworden sind. Mittelfristig können die Risiken belastend wirken, wenn notwendige Reformen und Weichen nicht in ausreichendem Maße gesetzt werden.

International

- Geopolitische Risiken und terroristische Gefahren
- Protektionismus: Das Problem des zunehmenden weltweiten Protektionismus ist nicht gebannt. Insbesondere die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in den USA ist eine Gefahr, wenn auch derzeit noch wenige Maßnahmen gesetzt wurden.
- Rohstoffe: Preisentwicklung

Eurozone

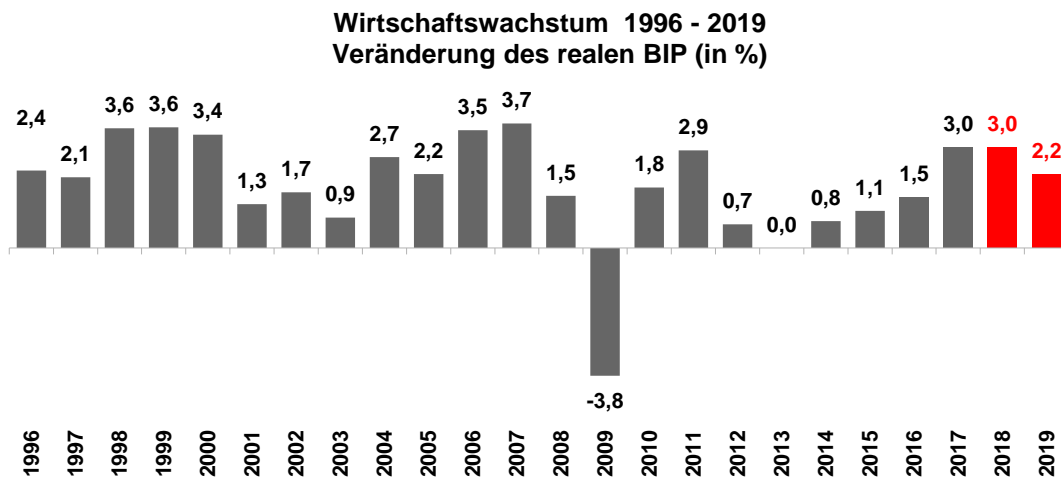
- Auswirkungen des Brexit: Mittelfristig größtes Risiko für die Konjunktur in der Eurozone.
- Politische Unsicherheiten, insbesondere in Zusammenhang mit den Wahlen in Italien und zähem Ringen um Regierungsbildung in Deutschland.
- Geldpolitik und Leitzinsen: Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik kann zum Risiko werden.
- Auswirkungen des Flüchtlingszustroms
- Staatsschuldenentwicklung

Entscheidend ist, dass der konjunkturelle Rückenwind genutzt wird, um strukturelle Reformen umzusetzen. Zur Bewältigung der zunehmenden Herausforderungen ausgehend von Digitalisierung, Globalisierung und Demografie braucht es eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik.



Prognose für die österreichische Wirtschaft

Nach Jahren des verhaltenen Wachstums, wächst die österreichische Wirtschaft 2017 kräftig. Ein Wachstum von mehr als 3 % wurde zuletzt in den Jahren 2006 und 2007 verzeichnet.



Quelle: Statistik Austria, WIFO

Getragen wird das hohe Wachstum auch von der positiven Entwicklung des Außenhandels. Infolge der Wiederbelebung des Welthandels konnte Österreich die Schwächephase überwinden und die Außenwirtschaft gewann im Jahr 2017 an Fahrt.

Die Phase der Krise bis Mitte 2015 war von einer schwachen Wachstumsentwicklung und auch einer deutlichen Investitionszurückhaltung gekennzeichnet. Aktuell zeigt sich eine Erholung bei den Investitionen. Das relativ hohe Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen relativiert sich vor dem Hintergrund der nur sehr langsam erfolgten Erholung nach der Krise. Die letzten Jahre war die Investitionsentwicklung von Einmaleffekten und Ersatzinvestitionen geprägt. Positiv ist die zunehmende Absicht, Neuinvestitionen zu tätigen. Die befragten Unternehmen geben zu einem gleichen Ausmaß Ersatz- als auch Neuinvestitionen an. 2019 dürfte sich die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen wieder abschwächen, was im Einklang mit der erwarteten Wachstumsverlangsamung der österreichischen Wirtschaft steht.

Während der private Konsum heuer noch von der Steuerreform 2016 profitiert, wird das Konsumwachstum danach in erster Linie von der hohen Beschäftigungsdynamik und der Beschleunigung des Lohnwachstums getragen.

Infolge des steigenden Wachstums zeigen sich auch positive Effekte am Arbeitsmarkt. Die Wachstumsraten der unselbständig Beschäftigten fallen stark aus und sollen gemäß Prognosen in den Jahren 2017 und 2018 2,0 % bzw. 1,8 % betragen. Trotz eher verhaltenem Wachstums hat die Beschäftigung auch in den vergangenen Jahren jedes Jahr deutlich zugenommen. Im Jahr 2018 sollen gemäß WIFO weitere 66.000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden - auch die Zahl der Vollzeitstellen und der geleisteten Arbeitsstunden steigen.



Hauptergebnisse Österreich, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	WIFO		
	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt (real)	+3,0	+3,0	+2,2
Bruttoanlageinvestitionen (real)	+5,3	+3,3	+2,4
Warenexporte (real)	+5,8	+5,5	+4,5
Private Konsumausgaben (real)	+1,5	+1,7	+1,6
Verbraucherpreise	+2,1	+2,0	+1,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+2,0	+1,8	+1,1
Arbeitslosenquote lt. Eurostat in %	5,6	5,4	5,3
Defizit (in % des BIP)	-0,6	-0,4	-0,1

Quelle: WIFO

WKÖ-Wirtschaftsbarometer - Aussichten für 2018**Positive Geschäftsaussichten, Höhepunkt aber überschritten**

Die aktuellen Ergebnisse des WKÖ-Wirtschaftsbarometers, der größten Umfrage der gewerblichen Wirtschaft, bestätigen den positiven Ausblick vom Frühjahr. Am WKÖ-Wirtschaftsbarometer nahmen 3.615 Unternehmen teil. Die Befragung findet halbjährlich statt. Die jüngsten Ergebnisse stammen vom Dezember 2017. Der Aufschwung profitiert sowohl vom Außenhandel als auch von der Inlandskonjunktur.

Optimistischer Ausblick

Die Indikatoren des Wirtschaftsbarometers signalisieren mehrheitlich ein anhaltend positives Konjunkturbild. Die Aussichten hinsichtlich der Auftragslage und der Umsätze sind eindeutig positiv. Die Auftragslage hat nach ihrem Höhepunkt im Sommer zwar leicht nachgegeben, befindet sich aber nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau.

Export als Wachstumstreiber, Binnenkonjunktur nimmt zu

Basierend auf den Rückmeldungen sollte sich die Exportentwicklung in den kommenden 12 Monaten weiter ausweiten und als starker Wachstumstreiber fungieren. Der Aufschwung festigt sich und wird vom Außenhandel und zunehmend auch der Inlandskonjunktur getrieben. Auch die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich, Neuinvestitionen werden vermehrt getätigt.

Positives Wirtschaftsklima trotz anhaltender Risiken

Das Wirtschaftsklima ist, nach sechs Jahren mit negativer Stimmung, bereits zum zweiten Mal in Folge im positiven Bereich. Trotz der weiterhin bestehenden Risiken erwarten mehr als 40 % der Unternehmen in Österreich eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas.

Große Unternehmen besonders optimistisch

Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten äußern sich besonders positiv, insbesondere in Hinblick auf die Erwartungen zu Umsätzen und Beschäftigung. Auch bei Auftragslage und Investitionen fallen die Antworten der großen Unternehmen optimistischer aus als jene der kleinen Unternehmen. Dennoch zeigt sich aktuell auch bei den kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern eine Verbesserung. Die Erwartungssalden liegen für alle Indikatoren, auch für Investitionen und Beschäftigung, knapp im positiven Bereich.



2. Eine Standortanalyse Österreichs

Österreich ist ein **dynamisches und erfolgreiches Unternehmerland** sowie ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort, der in vielen Bereichen gut aufgestellt ist. Gemessen am BIP pro Kopf (in Kaufkraftstandards) liegt Österreich unter den reichsten Ländern der EU. Nur Luxemburg, Irland und die Niederlande liegen vor Österreich. In Österreich besteht ein hoher Grad an sozialem Frieden und das Land ist gekennzeichnet durch eine sehr gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Die Lebensqualität, Umwelt- und Gesundheitsstandards sind hoch, die Beschäftigungszahlen steigen stetig, das duale Ausbildungssystem gehört zu den Vorbildern in der EU und die Exporttätigkeit der erfolgreichen und innovativen Unternehmen nimmt weiter zu.

Eine dynamische Dienstleistungsbranche und ein hochproduktiver Industriebereich tragen maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Standorts bei. Die Dienstleistungsbranche hat mit ca. 71 % den größten Anteil an der Wertschöpfung (primär handelt es sich dabei um den Handel, unternehmensbezogene Dienstleistungen sowie Finanzdienstleistungen). Der Sekundärbereich (Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft) ist ebenfalls von zentraler Bedeutung für die heimische Wirtschaft (ca. 28 % der Bruttowertschöpfung). Die wichtigsten Industriebereiche umfassen Maschinenbau, die Stahlbranche, die Chemieindustrie, elektronische Technologien und den hochkompetitiven Automotivbereich.

Neben vorhandenen Stärken besteht aber auch Handlungs- und Reformbedarf in ausgewählten Bereichen. Diese Bereiche werden auch regelmäßig in Standortrankings, aber auch in Analysen oder Empfehlungen von internationalen Institutionen (z.B. der Europäischen Kommission, der OECD, dem Internationalen Währungsfonds) identifiziert und hervorgehoben. Dabei handelt es sich u.a. um den Konsolidierungsbedarf im öffentlichen Haushalt, um die hohe Steuer- und Abgabenbelastung, Bürokratie, Verwaltung und Regulierung sowie Schwächen und Ineffizienzen im Sozial- und Pensionssystem oder im Bildungsbereich.

Österreich-Deutschland-Schweden-Schweiz im 4-Länder-Rankingvergleich

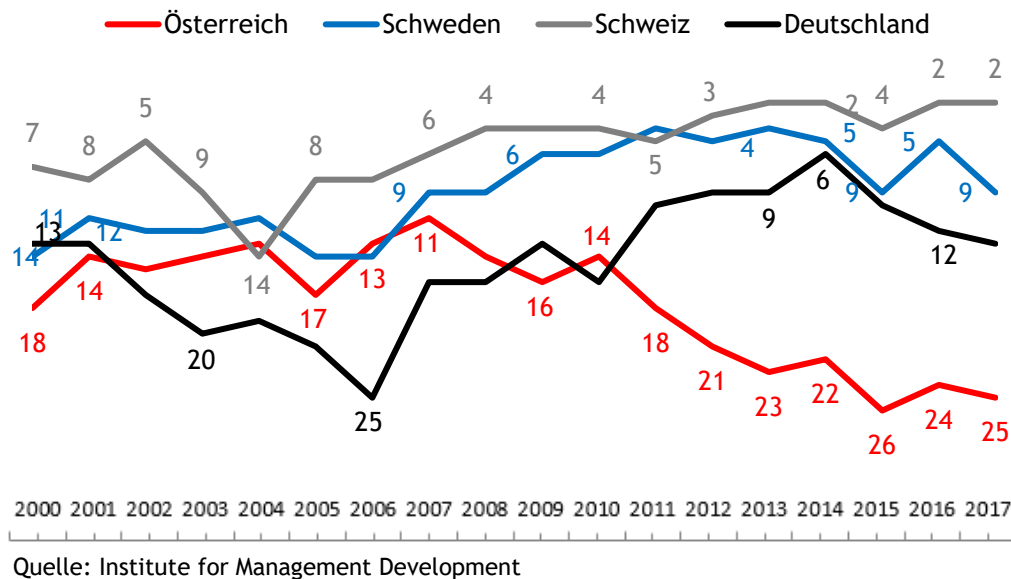
Im Mai 2017 hat das renommierte Schweizer „Institute for Management Development“ (IMD) das „World Competitiveness Scoreboard 2017“ veröffentlicht. Das Scoreboard misst die Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität von 63 Ländern anhand einer Vielzahl von wirtschaftlichen Indikatoren, Daten sowie Umfrageergebnissen (insgesamt ca. 340 Indikatoren).

Österreich reiht sich im Jahr 2017 auf dem 25. Platz ein und hat somit einen Platz eingebüßt. 2007 lag Österreich noch auf dem 11. Platz. Angeführt wird das Ranking von Hong Kong und der Schweiz. Die USA liegen auf Rang 4.

Im EU-Vergleich bleibt Österreich nur 10., in der Eurozone liegt Österreich auf dem Rang 7. Vor Österreich liegen u.a. die Niederlande (5. Platz), Schweden (9. Platz) oder Deutschland (13. Platz).



In den Jahren 2003 bis 2010 lagen Österreich, Schweden und die Schweiz noch relativ nahe beieinander. 2007 bis 2015 ging der Trend bei der Schweiz, Schweden und Deutschland nach oben, bei Österreich jedoch nach unten.



Der Monitoring Report der Wirtschaftskammer Österreich

Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft. Dahingehend sind Instrumente zur Messung von Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von besonderem Interesse für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger. Aus diesem Grund veröffentlicht die Wirtschaftskammer Österreich in regelmäßigen Abständen den Monitoring Report.

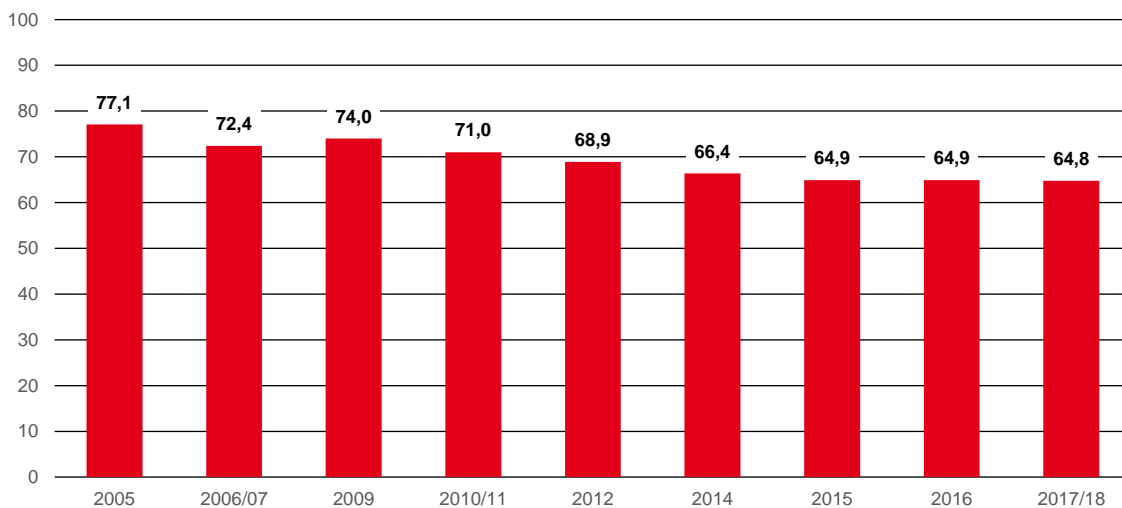
Der **Monitoring Report 2018** verfolgt einen breiten Ansatz und analysiert anhand von zahlreichen (150) internationalen, europäischen und heimischen Standortrankings und Indikatoren (u.a. vom IMD, der Europäischen Kommission, der OECD oder dem Weltwirtschaftsforum) - aufgeteilt auf zehn Themenbereiche - die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Österreich und zeigt gleichzeitig Österreichs Position und Entwicklung im internationalen Vergleich auf. Somit bietet der Report ein umfassendes Bild der Stärken und Schwächen unseres Landes.

Im Monitoring Report wird ein eigens aggregierter Vergleichsindex berechnet: der **Monitoring Report Index („MRI“)**. In den MRI fließen alle relevanten Aspekte für die Analyse der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts ein. Der MRI erlaubt Österreichs Position innerhalb der globalen Wirtschaft einzuordnen. Der Index berechnet den durchschnittlichen „Abstand“ Österreichs zu den jeweiligen Erstplatzierten (also den „Ranking-Leadern“) innerhalb der 10 Themenbereiche bzw. gesamthaft betrachtet.



Der MRI zeigt, dass Österreich im Durchschnitt unter den TOP-35,2 % der Wirtschaftsstandorte liegt. Das heißt, Österreich wird besser eingestuft als 64,8 % der Standorte. Im Vergleich zu 2015 und 2016 hat sich der MRI leicht verschlechtert. Über einen längeren Zeitraum betrachtet hat sich der aggregierte MRI jedoch stetig verschlechtert, was als schleichende Verschlechterung der Standortattraktivität Österreichs gewertet werden kann.

Entwicklung des Monitoring Report Index - Österreich wird als Standort besser eingestuft als ... % der Wirtschaftsstandorte



Quelle: WKÖ Monitoring Report

In den einzelnen Themenbereichen schneidet Österreich recht unterschiedlich ab. Bei „Innovation und Digitalisierung“, bei „Lebensqualität und Gesellschaft“ sowie bei „Internationalisierung und Offenheit“ schneidet Österreich gut ab.

Dem gegenüber schneidet Österreich im Monitoring Report am schlechtesten bei den drei Teilbereichen „Bürokratie und Regulierung“, „Arbeit und Soziales“ sowie „Finanzmarkt und Investitionen“ ab.

Genauere Details zum Monitoring Report finden sich unter:

www.wko.at/monitoringreport.



Eine SWOT-Analyse Österreichs

Die hier angeführte SWOT-Tabelle („Strengths, Weaknesses, Opportunities and Threats“) bietet eine gesamthafte Übersicht, wo die Stärken und Schwächen des heimischen Wirtschaftsstandorts liegen, aber auch wo Österreichs Chancen liegen, und welchen Risiken Österreich sich gegenüber sieht.

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Geopolitische Lage ▪ Internationalisierung der heimischen Wirtschaft ▪ Unternehmensaktivitäten in F&E und bei Innovation ▪ Infrastruktur ▪ effektive Sozialpartnerschaft ▪ Duales Ausbildungssystem (das als Vorbild in und für Europa dient) ▪ hohe Lebensqualität, hoher Wohlstand und hohe Kaufkraft 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuer- und Abgabenquote ▪ Regulierung und langsames Reformtempo (Verwaltung, Pensionen, Bildung, Gesundheit) ▪ Staatsverschuldung und Budgetdefizit ▪ niedriges faktisches Pensionsantrittsalter und niedrige Beschäftigung Älterer ▪ Fachkräftemangel
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auflösen des bestehenden Reformstaus ▪ stärkere Exportorientierung in boomende Wachstumsmärkte ▪ Potenzial für Direktinvestitionen stärken ▪ Neuinvestitionen ▪ Zukunftsinvestitionen (in Bildung, Innovation, F&E und Infrastruktur) forcieren ▪ Gründer- und Innovationspotenzial sowie Kreativwirtschaft weiter stärken 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fortsetzung des bestehenden Reformstaus ▪ Finanzierbarkeit des Sozial- und Pensionssystems ▪ Rückgang der Unternehmensinvestitionen ▪ Rückgang der Auslandsinvestitionen ▪ Kreditklemme und Unternehmensfinanzierung ▪ steigende (geopolitische) Unsicherheiten



Österreichs Unternehmen: Das Rückgrat der Wirtschaft und des Standorts

Die heimischen Betriebe, allen voran Österreichs KMU, sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sie schaffen Wohlstand, sichern Arbeitsplätze, bilden junge Menschen aus, zahlen Löhne und Gehälter sowie Steuern und Abgaben, investieren in Maschinen und Anlagen sowie in Innovation und Forschung und Entwicklung. Ebenso exportieren sie ihre Waren und Dienstleistungen in die ganze Welt, und das jedes Jahr in einem immer höheren Ausmaß.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die herausragenden **Leistungen der heimischen Unternehmen im Jahr 2016** (Stand: November 2017).

Leistungen der heimischen Unternehmen im Jahr 2016

Aktive Kammermitgliedschaften (Stand: 3. Quartal 2017)	520.000
Unternehmensneugründungen	40.000
Bruttowertschöpfung der Unternehmen, Mrd. EUR	207
Anzahl der Beschäftigten	2.520.000
Anzahl der Lehrlinge	107.000
Anzahl der Lehrlingsbetriebe	30.000
Warenexporte, Mrd. EUR	130
Dienstleistungsexporte, Mrd. EUR	55
Exporte insgesamt, Mrd. EUR	185
Anzahl der exportierenden Unternehmen	55.000
Exportquote, in % des BIP	53
Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, Mrd. EUR	44
Ausgaben für Forschung durch Unternehmen, Mrd. EUR	7
Löhne und Gehälter, Mrd. EUR	117

Quellen: WKÖ, Statistik Austria, Eurostat, WIFO, Zahlen gerundet.



3. Empfehlungen zur Stärkung des Standorts

Österreich hat seit Dezember 2017 eine neue Bundesregierung. Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung beinhaltet wichtige Maßnahmen, um den heimischen Standort zu stärken. Viele der im Arbeitsprogramm enthaltenen Maßnahmen entsprechen Forderungen und Empfehlungen der Wirtschaftskammer Österreich.

Wichtige Handlungsfelder sind aus Sicht der Wirtschaft:

- **Steuern & Abgaben für Unternehmen senken**
- **Weniger Bürokratie & rasche Verfahren**
- **Flexibilität & Fachkräfte sichern**
- **Bessere Finanzierung & Infrastruktur sowie Internationalisierung**
- **Schlanker Staat & effiziente Strukturen**

TOP-Empfehlungen für Österreich: Steuern & Abgaben für Unternehmen senken

- Senkung der Körperschaftssteuer (KöSt)
- Überprüfung und Verbesserung der Abschreibungs-Regeln (z.B. degressive Abschreibung)
- Senkung der Lohnnebenkosten
- Erleichterungen für Betriebsübergaben in der Familie
- Evaluierung zur Reduktion von Bagatellsteuern
- Vereinfachung der Lohnverrechnung
- Reform des „Advance Ruling“

TOP-Empfehlungen für Österreich: Weniger Bürokratie & rasche Verfahren

- kein „Gold Plating“ mehr (Übererfüllung von EU-Regeln)
- Entlastung bei statistischen Meldepflichten
- Einschränkung des Kumulationsprinzips - nur eine (verhältnismäßige) Strafe statt Mehrfachbestrafung
- einfachere öffentliche Auftragsvergabe
- günstigeres und vereinfachtes Normenwesen
- Abbau überbordender Melde- und Informationspflichten
- Reform des Verwaltungsstrafrechts
- Verfahrensbeschleunigungen im UVP-Gesetz
- Bürokratiecheck für alle neuen Gesetze vor ihrer Beschlussfassung
- Durchforsten der Arbeitnehmerschutzvorschriften



TOP-Empfehlungen für Österreich: Flexibilität & Fachkräfte sichern

- Flexibilisierung der Arbeitszeit, insbesondere durch Stärkung der betrieblichen Ebene
- Anhebung der Höchstarbeitszeit auf 12 bzw. 60 Stunden (gleichbleibende Zuschläge-Regelung)
- Höchstgrenze von 12 Stunden auch bei Gleitzeit (fünfmal pro Woche)
- faire Angleichung von Arbeitern und Angestellten (Beachtung von Branchenstrukturen, Angleichung auch bei Betriebsräten)
- Verhinderung von Krankenstandsmissbrauch
- Fachkräfteoffensive im Inland nach internationalem Vorbild (Deutschland)
- Stärkung der dualen Berufsausbildung
- mehr Beschäftigungsanreize (Kombilohn, Kurzarbeit und Lehrlingsförderung, Betriebspraktika)
- bedarfsorientierte Zulassung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland (Rot-Weiß-Rot-Karte)
- Bildungspflicht bis 18

TOP-Empfehlungen für Österreich: Bessere Finanzierung & Infrastruktur sowie Internationalisierung

- Kapitalmarkt reformieren
- Zweite und Dritte Säule der Pensionsvorsorge attraktivieren
- Garantievergabe für Unternehmenskredite ausweiten
- stärkere Nutzung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI-Mittel)
- Förderung nicht-wissenschaftsbasierter Innovation
- Ausbau des 5G-Netzes bis 2021
- Pakt mit der Wirtschaft zum beschleunigten Breitbandausbau
- Österreich bei Cyber-Sicherheit fit machen
- Entwicklung einer gesamtstaatlichen Infrastruktur zur digitalen Sicherheit
- Digitalisierungsoffensive mit Aus- und Weiterbildungsstrategie
- Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsstrategie
- aktive Handelspolitik

TOP-Empfehlungen für Österreich: Schlanker Staat & effiziente Strukturen

- Verwaltungsreform
- Neuordnung der Kompetenzverteilung
- Parallelstrukturen und überschneidende Kompetenzen vermeiden
- wirkungsorientierte Haushaltsführung
- transparentes Förderwesen
- Zusammenlegungen der Sozialversicherungen auf maximal fünf Versicherungsträger
- bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem
- Treffsicherheit und Transparenz im Sozialsystem statt Sozialmissbrauch
- nachhaltige Finanzierung des Pensionssystems (u.a. Ausbau der ambulanten Rehabilitation zur Entlastung der stationären Rehabilitation)

Die konsequente Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen schafft aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich die Grundlagen, um den Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Wettbewerb zurück an die Spitze zu führen.



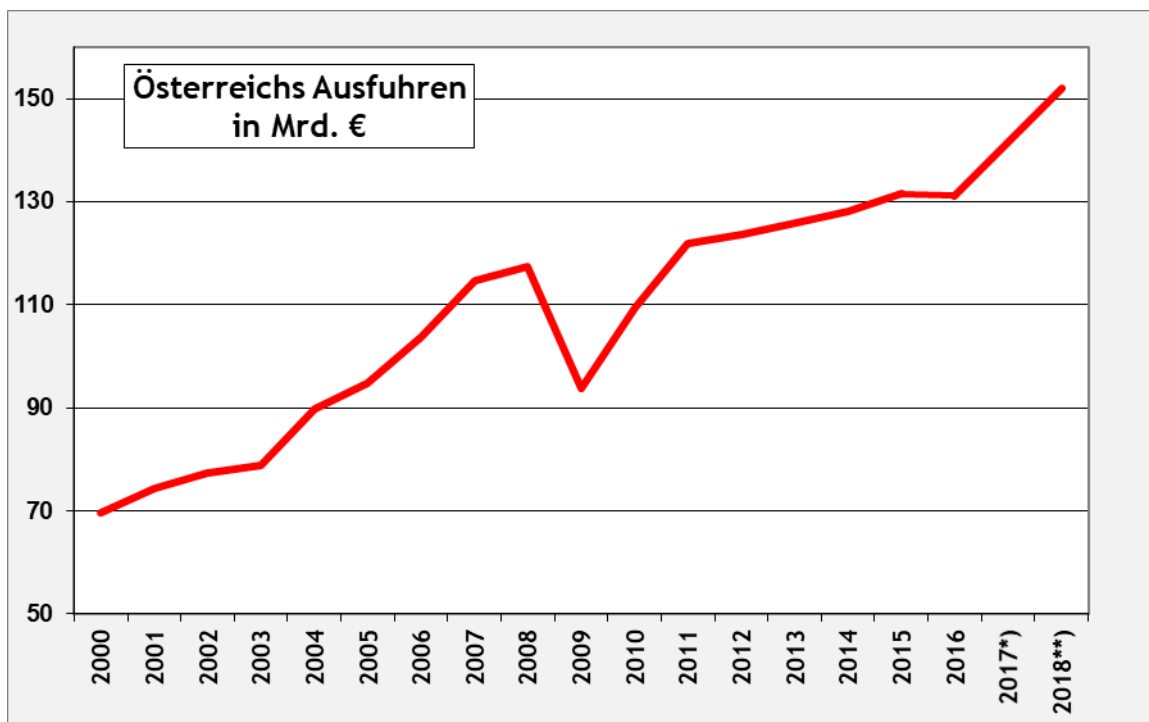
II. EXPORT ALS ÖSTERREICHS KONJUNKTURMOTOR

Die Entwicklung von Österreichs Exportwirtschaft ist eine Erfolgsstory die ihresgleichen sucht. Produkte und Dienstleistungen „Made in Austria“ sind weltweit begehrter denn je zuvor. Lagen die österreichischen Warenexporte vor über 20 Jahren zum Zeitpunkt des EU-Beitritts (1995) noch bei einem Volumen von vergleichsweise bescheidenen 37 Mrd. Euro, so verbuchte Österreich im Jahr 2017 einen Exportwert von über 140 Mrd. Euro (all-time-high). 2018 soll laut Prognosen die 150 Mrd.-Euro-Schallmauer durchbrochen werden.

Hinzu kommen noch die Dienstleistungsexporte, wodurch sich ein Gesamtvolumen von fast 200 Mrd. Euro ergibt. Damit nicht genug, ist Österreich im Laufe der vergangenen 20 Jahre auch zu einem wichtigen Mitspieler am globalen Markt aufgestiegen.

Die Dienstleistungsexporte machten mit rund 59 Mrd. Euro im Jahr 2017 bereits an die 30 % der Gesamtexporte aus (WIFO-Prognose).

Laut Prognose der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA werden die Warenexporte im Jahr 2017 um 7,9 % steigen.



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, WIFO

*) "Educated Guess" der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA bei Beachtung der rezenten Entwicklungen. Basis sind die aktuellen Werte der Statistik Austria und ausgewählter Partnerländer, Prognosedaten des Wifo und ifo, der Exportindikator der OeNB, Verkehrsdaten der ASFINAG.

**) Fortschreibung laut Wirtschaftslage und Prognose, WKO (Basis Wifo und Stata)



Ostöffnung, EU-Beitritt und die Einführung des Euro waren die großen Treiber für den heimischen Export und damit wichtige Entwicklungssprünge. Beginnend mit der Ostöffnung 1989 war die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft nicht mehr auf wenige große Konzerne und traditionelle Handelsfirmen beschränkt, sondern ist in die Breite gegangen. Dadurch ist die Welt „kleiner“ geworden, und das war der fruchtbare Boden, **das Österreich die Zahl seiner Exporteure kontinuierlich steigern konnte.** Die überwiegende Mehrheit der **58.000 österreichischen Exporteure des Jahres 2017** sind Klein- und Mittelbetriebe. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA betreut jährlich rund 25.000 österreichische Kunden, davon sind fast dreiviertel Kleinst- und Kleinunternehmer.

Export als die gestaltende Kraft Österreichs

OHNE EXPORT WÜRDE UNS
WAS FEHLEN...



ÖSTERREICH
HAT EINE
**EXPORT
QUOTE**
VON ÜBER
50 % DES BIP

AUSTRIA IST ÜBERALL.

Als offene Marktwirtschaft hat Österreich einen weit verzweigten und hoch differenzierten Außenhandel entwickelt. Österreichische Exportfirmen vertreiben ihre Fertig- und Zulieferprodukte in **über 220 Ländern.** **Österreich hat eine Exportquote von knapp 54% des BIP**, d. h. Österreich erwirtschaftet mehr als die Hälfte seines Wohlstandes durch den Export. Hinzu kommt, dass durch die Exportperformance die österreichische Leistungsbilanz seit dem Jahr 2002 positiv ist und auch in den nächsten Jahren so bleiben soll.

Österreichs Exporteure sorgen mit großem Engagement und unermüdlichem Einsatz für Aufschwung, Wachstum und Arbeitsplätze im Land. Daher ist jeder Schritt wichtig, der diesen Wohlstandstreiber ankurbelt. Schließlich schaffen/sichern **1 Mrd. Euro an Exporten über 10.000 Jobs und fast jeder zweite Job ist direkt oder indirekt vom Export abhängig.**



OHNE EXPORT WÜRDEN UNS WAS FEHLEN...



10.000
JOBS IN
ÖSTERREICH
PRO
MILLIARDE
EURO
EXPORT

AUSTRIA IST ÜBERALL.

In Österreich gibt es bereits über **160 Unternehmen**, die in Spezialbereichen weltweit an der Spitze mitmischen. Diese „**Hidden Champions**“, da meist der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt, punkten mit einer Fokussierung ihres Angebots und vermarkten dieses global. Mit hoher Innovationskraft, qualifizierten Mitarbeitern, einer fokussierten Strategie und Kundennähe sind sie weltweit vorne mit dabei. Oft handelt es sich dabei um mittelständige Familienunternehmen mit einer langfristigen Orientierung. Regional gesehen sind diese Hidden Champions besonders in Oberösterreich (bei den Industriebetrieben), im Raum Graz (mit der Automotivindustrie als treibende Kraft) sowie in Wien-Umgebung und Niederösterreich angesiedelt.

Auch viele kleinere und jüngere Unternehmen sehen heute längst schon die Welt als ihren Markt. Die neue Unternehmensgeneration, die „**Born Globals**“, sind meist Tech Start-Ups, die von Anfang an relativ schnell von Österreich aus ins Ausland drängen oder dort auch gleich einen Standort aufbauen, innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten und schnelles internationales Wachstum anstreben. Mit den modernen Kommunikationskanälen gibt es für diese keine Ländergrenzen mehr.

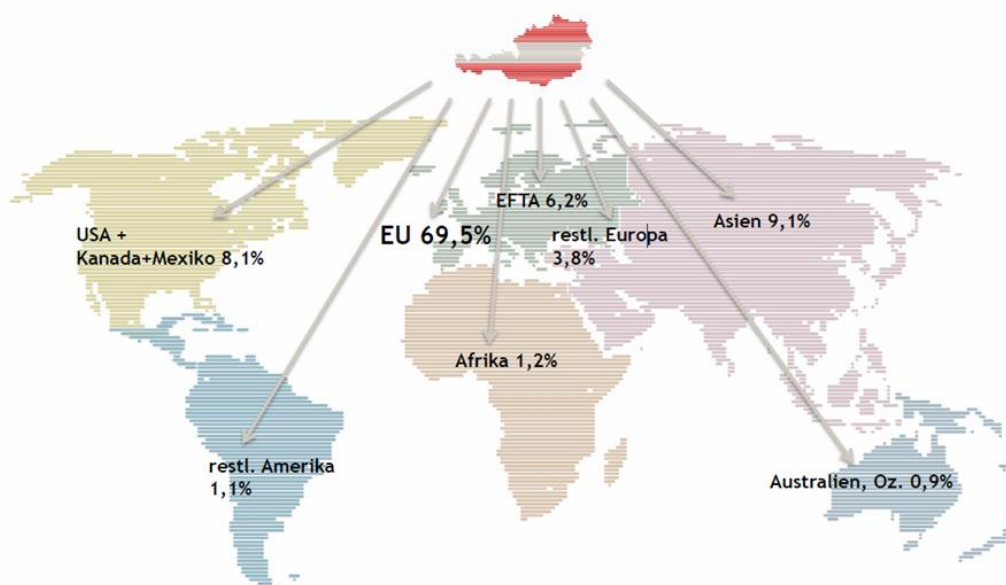


1. Österreichs Außenhandel im Überblick

Generell ist Österreichs Exportwirtschaft „Europa-lastig“. Rund 80 % der heimischen Ausfuhren gehen in diese Region. In Zukunft sollten Unternehmen verstärkt in Überseedestinationen gehen, denn in **Amerika, Asien und auch in Afrika** liegt das größte Potenzial für die Exportwirtschaft. Die Chancen zeigen sich im Vergleich der Ausfuhrzuwächse seit dem Jahr 2000: In diesem Zeitraum legten die österreichischen Exporte **innerhalb Europas um „nur“ 75 % zu, während das Plus nach Amerika 153 % und nach Asien sogar 185 % ausmachte.**

Die Strategie der Wirtschaftskammer Österreich, die **Exporte außerhalb Europas stärker zu forcieren**, wird auch durch die bisherige Entwicklung unterstützt. So legten die österreichischen **Ausfuhren seit dem Jahr 2000 bis 2016 weltweit um rund 88,1 % zu**. In der Analyse zeigt sich das Potenzial für die österreichische Exportwirtschaft außerhalb Europas:

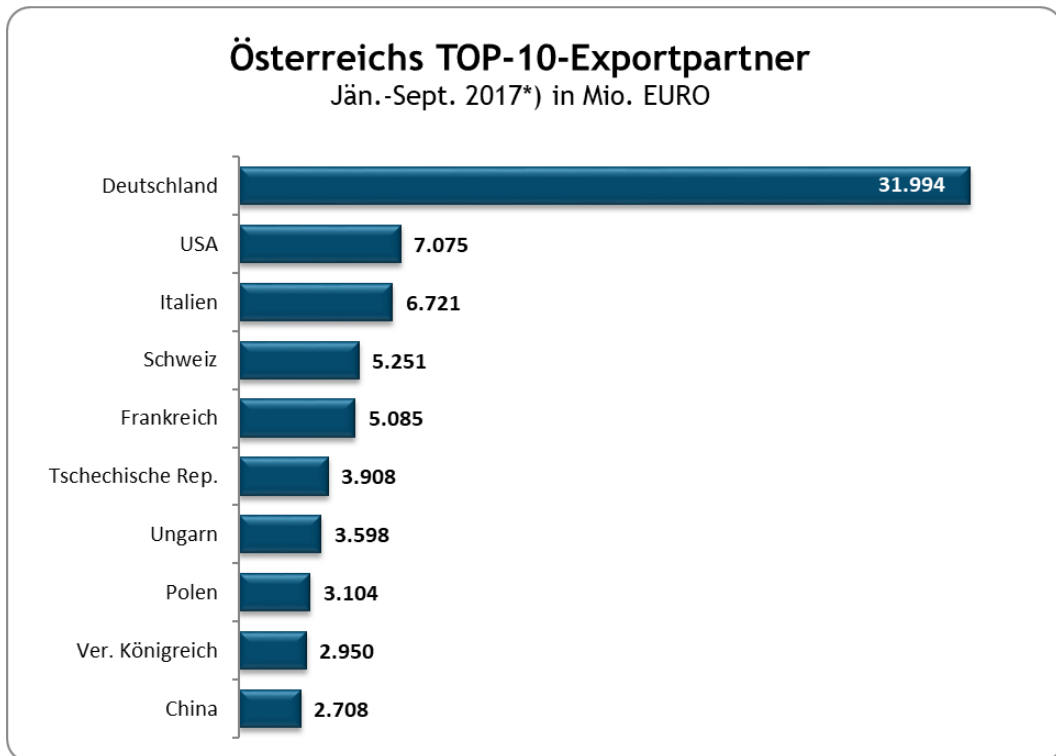
ÖSTERREICHS EXPORTE - ANTEILE 2016



Quelle: Statistik Austria

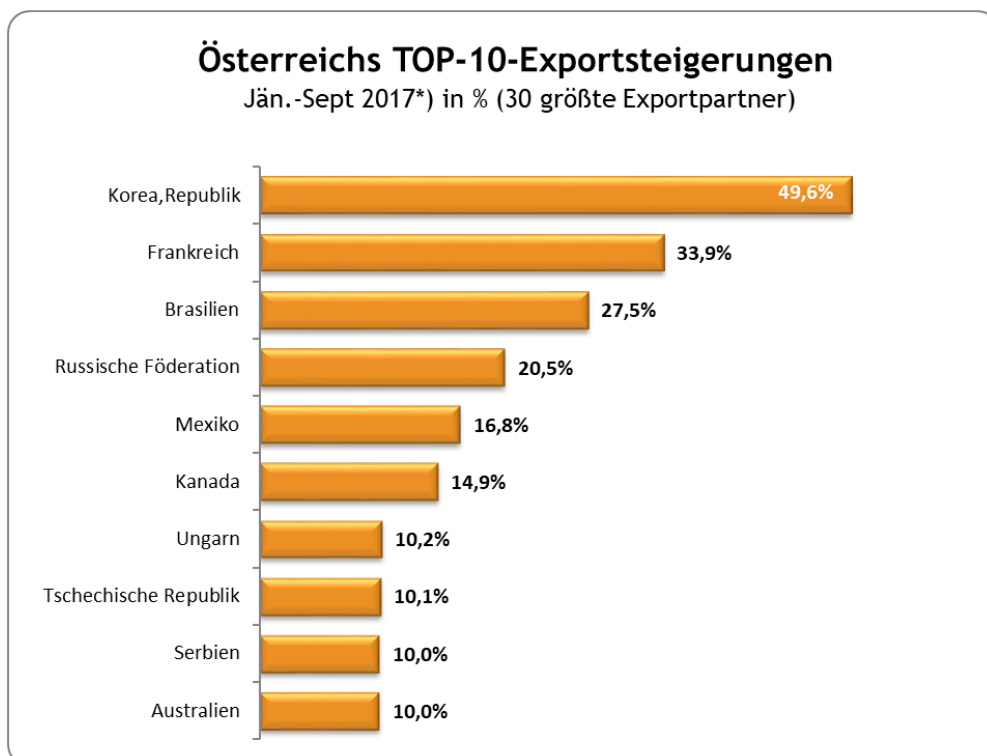
- Nach **Europa** machte das **Exportplus (2000-2016)** „nur“ **75 %** aus.
- Zum wichtigsten Außenhandelspartner **Deutschland** sogar „nur“ **72 %**.
- Ausfuhren nach **Afrika** zwischen 2000 und 2016: **+98 %**
- Ausfuhren nach **Amerika** zwischen 2000 und 2016: **+153 %**
- Ausfuhren nach **Asien** zwischen 2000 und 2016: **+185 %**
- Ausfuhren nach **Australien, Ozeanien** zwischen 2000 und 2016: **+223%**





Quelle: Statistik Austria / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication

Über 30% der österreichischen Waren gehen nach Deutschland. Deutschland ist somit mit Abstand der größte Exportpartner Österreichs. 42% der Warenlieferung in unser Nachbarland betreffen Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge.



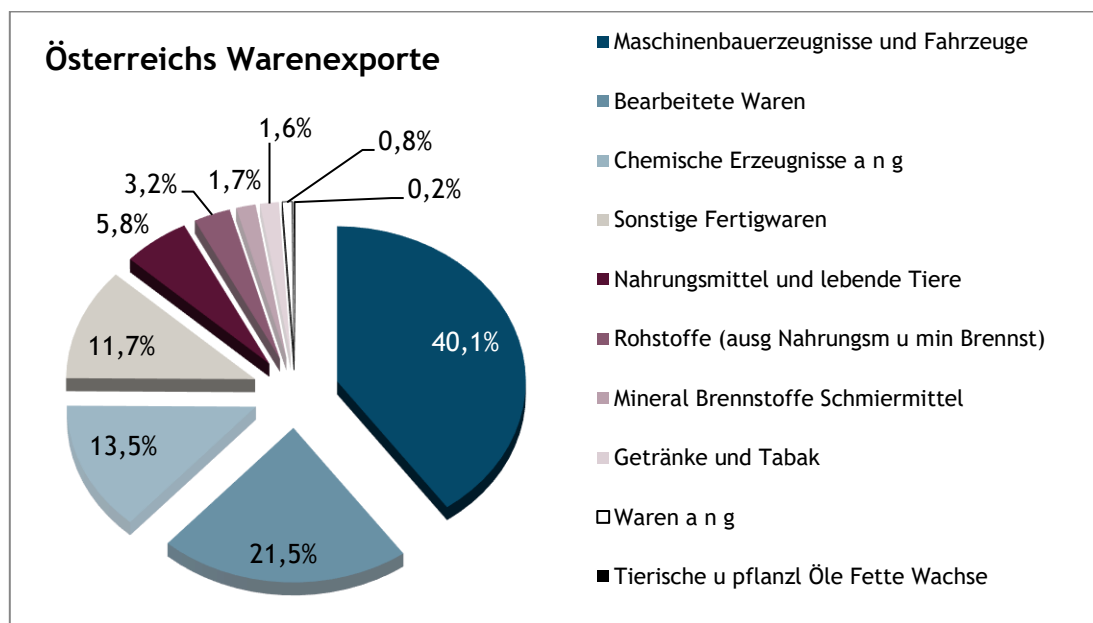
Quelle: Statistik Austria / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication



Die **größte Exportsteigerung** gemessen innerhalb der TOP-30-Exportländer konnte mit Südkorea erzielt werden (fast 50%). Dies betrifft vor allem die Lieferungen von PKW. Mit Frankreich konnte bei den Exporten von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen und mit Brasilien bei den Lieferungen von Eisen und Stahl gute Erfolge erzielt werden.

2. Die Warenstruktur des österreichischen Außenhandels

Charakteristisch für Österreich ist die hohe Bedeutung der Exporte von **Investitionsgütern**. Neben der **Maschinenbauindustrie** zählt der **Fahrzeugbau** samt Kfz-Motoren und Kfz-Teilen zu jenen mit dem höchsten Exportvolumen im österreichischen Außenhandel. Weitere Warengruppen, die gute Beiträge zum österreichischen Handelsbilanzsaldo liefern sind u.a. chemische Erzeugnisse, **Getränke** (alkoholfreie Getränke wie Mineralwasser und Energy Drinks) sowie **Holzwaren** (bearbeitetes Holz und Spanplatten).



Quelle: Statistik Austria / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication

Zu den **Hoffungsbranchen**, in denen Österreichs Unternehmen bereits mit ihrem Know-how weltweit punkten - die aber in Zukunft international noch intensiver zu positionieren sind - zählen neben der Maschinenindustrie vor allem Energie, Umwelttechnologie, Bau und Infrastruktur, Nahrungsmittel, Technologie, Kreativwirtschaft, Bildung sowie der Dienstleistungsbereich.

14 % der österreichischen Warenexporte können als „hochtechnologisch“ eingestuft werden. Gerade in diesem Bereich gibt es noch viele Chancen zu nutzen. Denn **Österreich liegt mit dieser Technologieexportquote leicht unter dem europäischen Mittelfeld**. Vor uns liegen z.B. Deutschland (15 %), Frankreich (22 %), UK (17 %) und Luxemburg mit 20 %.



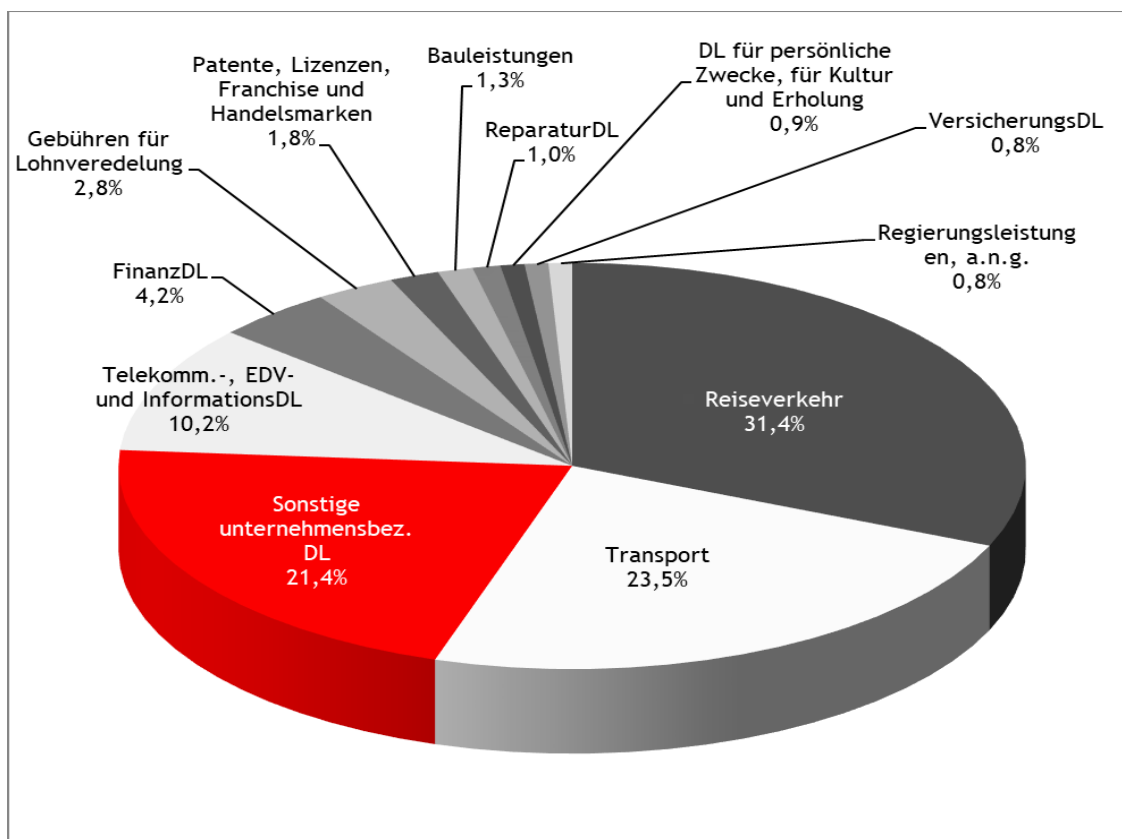
3. Dienstleistungsexporte mit großem Potential

Ein beträchtliches Potential besteht für Österreichs Wirtschaft auch beim „Export von Dienstleistungen“. Österreich hat im Jahr 2016 rund 55 Mrd. Euro an Dienstleistungen exportiert (Zuwachs +4 % gegenüber 2015). In den ersten drei Quartalen 2017 konnten die Dienstleistungsexporte um 5 % gesteigert werden, die WIFO-Prognose sagt einen Jahreswert von 59 Mrd. Euro und somit eine Steigerung von 6,5 % voraus.

Die Exporte von Dienstleistungen betragen bereits rund 30 % der Warenexporte und tragen wesentlich zur positiven Leistungsbilanz Österreichs bei.

Volkswirtschaftlich sind Dienstleistungsexporte besonders wünschenswert, denn jeder Euro an Dienstleistungsexporten zieht sechs Euro Warenexporte nach sich (z. B. nach Architekturdienstleistungen im Ausland gibt es auch Warenlieferungen ins Ausland). Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts zeigen, dass jede zusätzliche Million Euro an exportierten Dienstleistungen eine Wertschöpfung von 0,8 Mio. Euro im Inland bringt und 17 Arbeitsplätze schafft.

Struktur der österreichischen Dienstleistungsexporte



Quelle: OeNB / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication

Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen:

Forschungs- und Entwicklungsleistungen (18 %)

Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung (27 %)

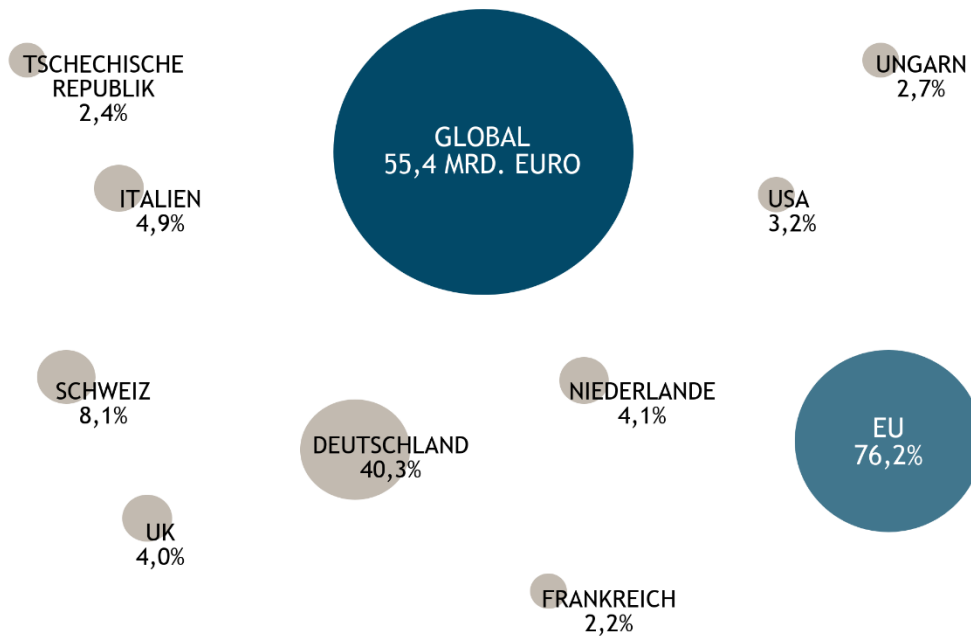
Technische, Handels- und sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (55 %)



Die wichtigste Dienstleistungskategorie im Export ist nach wie vor der **Reiseverkehr**, Tourismuseinkünfte ausländischer Gäste betragen rund 30 %. Zusätzlich hat sich jedoch eine breite Palette kommerzieller Dienstleistungen etabliert, deren Exporte 2016 fast 38 Mrd. Euro ausmachten.

Regional gesehen ist nach wie vor **Europa** mit einem Anteil von **beinahe 90 %** der wertmäßig größte Abnehmer österreichischer Dienstleistungen. Die österreichischen Dienstleistungsexporte in die EU-27 konnten in den ersten neun Monaten 2017 um 6,3 % gegenüber der Vorjahresperiode gesteigert werden.

ÖSTERREICHS DIENSTLEISTUNGSEXPORTE 2016



AUSTRIA IST ÜBERALL.

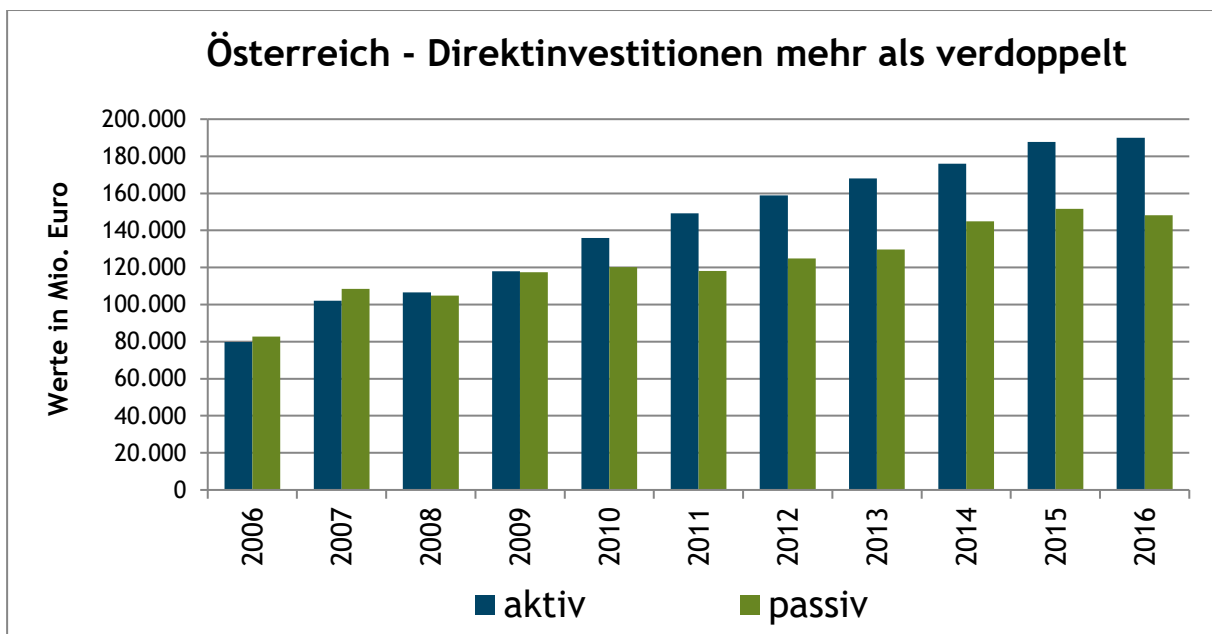
Quelle: OeNB



4. Steigender Wert österreichischer Direktinvestitionen im Ausland

Österreichische Investoren bauen ihre Positionen im Ausland aus. Nach der Wende des Jahres 1989 konnte sich Österreich als wichtiger Investor vor allem in Zentral-, Ost- und Südosteuropa etablieren. Seit etwa einem Jahrzehnt verfolgen die heimischen Investoren jedoch eine regional ausgeglichene Strategie: Sie investieren auch in anderen Regionen und haben den Anteil an Investitionen in die Transformationsländer seit 2007 sogar reduziert. Außerhalb der Region MOEL sind die Investitionen österreichischer Firmen in den USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und China besonders gewachsen.

Von 2006 bis 2016 haben sich die österreichischen aktiven Direktinvestitionen im Ausland mehr als verdoppelt (von 80 auf 190 Mrd. Euro). Die beliebtesten Investitionsländer für österreichische Firmen sind Deutschland (26 Mrd. Euro), die Niederlande (24 Mrd. Euro), die Tschechische Republik (13 Mrd. Euro) und Luxemburg (11 Mrd. Euro). Die Investitionen in Mittel- und Osteuropa beliefen sich auf insgesamt 58 Mrd. Euro. In Österreich beschäftigten Unternehmen 2,5 Mio. Arbeitnehmer, Österreichs Auslandstöchter beschäftigen eine Million Menschen außerhalb Österreichs.



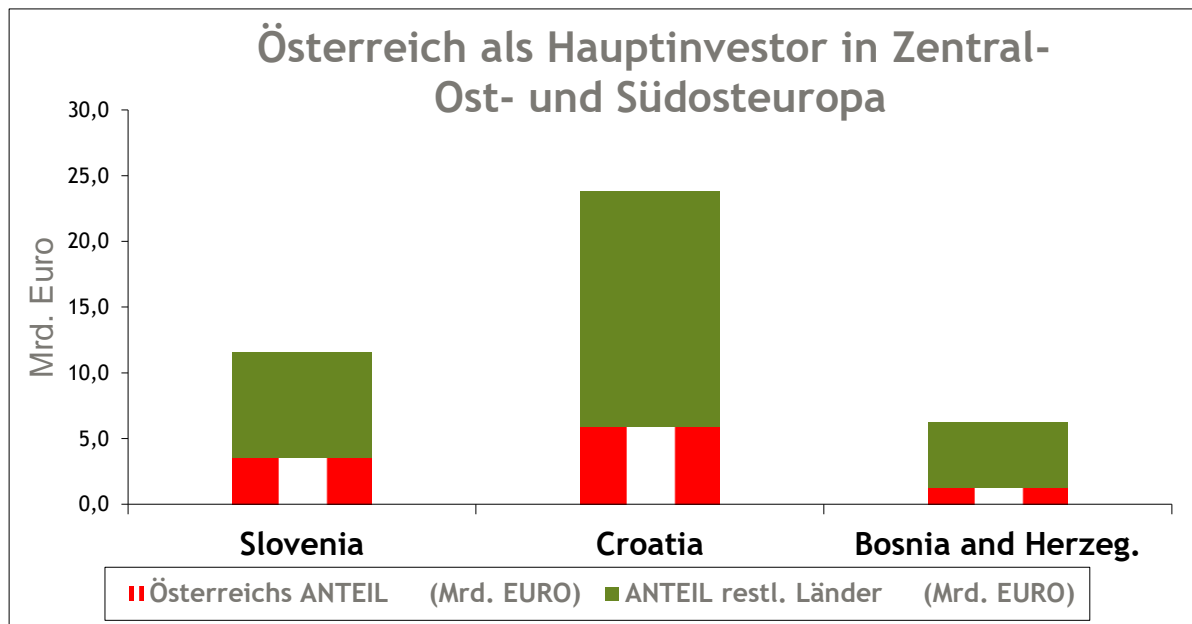
Quelle: OeNB, AUSSENWIRTSCHAFT Corporate Communication

Internationale Investoren hatten Ende 2016 rund 141 Mrd. Euro in Österreich investiert, 2006 war der Wert dieser passiven Direktinvestitionen noch bei 82,8 Mrd. Euro gelegen. Von den rund 141 Mrd. kamen 77 Mrd. Euro aus der EU (42 Mrd. Euro aus Deutschland; 10 Mrd. Euro aus Italien), 20 Mrd. Euro aus der Russischen Föderation, 21 Mrd. Euro aus Amerika und 11 Mrd. Euro aus Asien (Quelle: OeNB-Investitionsstatistik). Über 260.000 Österreicher arbeiten für ausländische Niederlassungen in Österreich.



Österreich bleibt Drehscheibe und Tor zu Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Schon vor ihrem EU-Beitritt waren die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas eine wichtige Stütze des österreichischen Exports. Die Nachbarschaft, das historische Naheverhältnis und eine teils ähnliche Mentalität waren und sind für österreichische Betriebe traditionell ein Wettbewerbsvorteil. Die Region ist weiterhin ein wichtiges Zielland für österreichische Lieferungen, die Zuwachsraten liegen oft über jenen für andere europäische Märkte. Insgesamt bleibt Österreich laut OeNB weiterhin **Top-Investor in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina**. In der Slowakei, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Mazedonien und der Tschechischen Republik belegt Österreich Platz 2, in Belarus und Ungarn Platz 3, in Ukraine und der Türkei Platz 4, im Kosovo den 5. Platz, in Albanien Platz 6, in Polen Platz 8, in Montenegro Platz 9 sowie in Kasachstan den 10. Platz.



Historisch gesehen konnte Österreich die sich nach der „Ostöffnung“ ab 1989, dem eigenen EU-Beitritt (1.1.1995) und durch die EU-Erweiterungen bietenden Chancen nutzen. Der „Ostöffnungseffekt“ 1989 allein führte zu einem kumulierten zusätzlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 4,7 % und die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um rund 3.300 pro Jahr. Zusätzlich können österreichische Unternehmen von den EU-Förderungen an die neuen Mitglieder in Mittel- und Osteuropa profitieren, indem sie dort Aufträge über geförderte Vorhaben der EU erhalten. **Der Wirtschaftsstandort Österreich hat insgesamt an Qualität, Wettbewerbsfähigkeit und an Renommee gewonnen und ist zu einem Anziehungspunkt für Top-Unternehmen aus aller Welt geworden.** Viele internationale Konzerne haben die Headquarters für Osteuropa-Aktivitäten in Österreich aufgeschlagen.



5. Die Services der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

Internationalisierungsagentur der österreichischen Wirtschaft

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ist Teil der Wirtschaftskammer Österreich und hilft allen heimischen Firmen eine Brücke in die Welt zu schlagen, egal ob Exportneuling oder Exportprofi.

Als die Internationalisierungs- und Innovationsagentur der österreichischen Wirtschaft verfügt die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA über ein weltweites Netz von **rund 100 Stützpunkten in mehr als 70 Ländern**. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA unterstützt Österreichs Exportwirtschaft mit einem umfangreichen Leistungsprogramm in den Bereichen „Wissen“ (Veranstaltungen und Updates zu Trend- und Innovationsthemen), „Plattformen“ (Zukunftsreisen, Start-up Support, R&D-Missions) und „Partner“ (Individuelles Technologie-, -Innovations- und Start-Up Scouting) und steht Unternehmen bei ihren Internationalisierungsschritten zur Seite. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA begleitet mit ihrem Service die österreichischen Unternehmen im In- und Ausland. Von der Planung und Beratung bis hin zur Unterstützung und Förderung bei der Umsetzung von Internationalisierungsschritten. Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Außenwirtschaftszentren vor Ort ist hilfreich, sei es für den Aufbau von beruflichen Kontakten, Hilfe bei der Geschäftsanbahnung oder die Unterstützung durch Experten mit ihren Lokal-, Sprach- und Wirtschaftskennnissen.

Und auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit am Heimmakrt von Unternehmen die nicht, wenig oder nur mittelbar exportorientiert sind, ist eine Aufgabe der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA. Dabei versteht sich die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA mit ihrem weltweiten Netzwerk als **internationaler Trendscout bzw. Wissensimporteur** für neu entstehende Geschäftsmodelle, neuartige Vertriebswege, innovative Bildungskonzepte aber auch Technologietrends. Unter dem **Motto „Wir bringen Ihnen die Welt näher“** werden globale Trends frühzeitig identifiziert und österreichische Unternehmen an diese Entwicklungen herangeführt bzw. an diese angebunden.

Die Mitarbeiter aus 80 Nationalitäten mit 70 Muttersprachen betreuen jährlich 25.000 österreichische Kunden, geben über 1.000 Publikationen heraus und führen über 1.200 Veranstaltungen durch.

Nachdem die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vom **International Trade Centre** (eine gemeinsame Organisation der WTO und der UN) im Rahmen der Weltkonferenz der Außenwirtschaftsorganisationen 2012 zur **besten Außenwirtschaftsorganisation (TPO) der Welt gewählt** wurde, konnte die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA 2016 mit der Ehrung in Silber erneut internationale Anerkennung erreichen.



Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA als Innovationsagentur

- Globale Trends frühzeitig erkennen und Chancen nutzen
- 35 AußenwirtschaftsCenter weltweit mit Fokus auf Innovationen
- Umfassendes Veranstaltungs- und Beratungsangebot

Chatbots stehen uns mit Ratschlägen zur Seite, Roboter empfangen Gäste an den Hotelrezeptionen, ausgeklügelte Algorithmen entscheiden, welche Nachrichten die Konsumenten lesen und intelligente Sprachassistenten erledigen nahezu selbständig Einkäufe. Diese Szenarien sind keine Zukunftsmusik mehr, sondern Realität und sind das Ergebnis neuer Technologien und innovativer Produkte und Dienstleistungen.

Rasche Informationen über neue Geschäftsmodelle, moderne Vertriebskonzepte oder internationale Technologietrends werden zunehmend wettbewerbsentscheidend. Darüber hinaus stellen rasante Markt- und Technologieumbrüche immer mehr die Reaktionsgeschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit heimischer Unternehmen auf den Prüfstand.

Globale Trends frühzeitig erkennen und Chancen nutzen

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA hat deshalb aufgrund der schnelleren Digitalisierung und Globalisierung neben ihren bisherigen Tätigkeiten nun auch ein **zusätzliches Geschäftsfeld als „Innovationsagentur“** etabliert. Die Expertinnen und Experten der AUSSENWIRTSCHAFT beobachten globale Trends und verfügen über die richtigen Partnernetzwerke in den wichtigsten Technologie- und Innovationsdrehscheiben der Welt. **Denn die Vernetzung österreichischer Unternehmen mit den besten Köpfen der Welt und der einfachere Zugang zu weltweitem Wissen werden zunehmend spielentscheidend im internationalen Wettbewerb.**

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA nützt ihr weltweites Netzwerk an AußenwirtschaftsCentern und deren Nähe zu innovativen Wissensknoten auf allen Kontinenten, um österreichische Unternehmen an internationale Markt- und Branchenentwicklungen und an globales Innovationswissen anzubinden.

Diese AußenwirtschaftsCenter mit Innovationsagenden fungieren als Service- und Innovation-Hub für österreichische Unternehmen, Branchenverbände, Cluster sowie Technologie- und Bildungsinstitute. Sie **spüren zielgerichtet Technologie-, Innovations- und Trendwissen auf, öffnen Zugänge zu internationalen Technologie- und Innovationszentren (Massachusetts Institute of Technologie, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, etc.)** und erweitern die Netzwerke zu internationalen Unternehmenszentralen, Startups, F&E Instituten & Investoren.



Ziel ist, den österreichischen Kunden ein weltweites Netzwerk mit Zugang zu Innovationstreibern anzubieten.

35 AußenwirtschaftsCenter weltweit mit Fokus auf Innovation, Start-ups und Trendscouting



Exportoffensive (go-international)

Aufgrund der volkswirtschaftlich großen Bedeutung des Exports für Österreich setzte sich die Wirtschaftskammer Österreich erfolgreich für die Fortsetzung der seit 2003 laufenden **Exportoffensive** (eine Initiative des Wirtschaftsministeriums und der WKÖ - www.go-international.at) ein. Das Volumen für die Umsetzung der laufenden Exportoffensive go-international, die von der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA abgewickelt wird und für Schwung im Export sorgt, beläuft sich für die Jahre 2015 bis 2019 auf **insgesamt 56 Mio. Euro**.

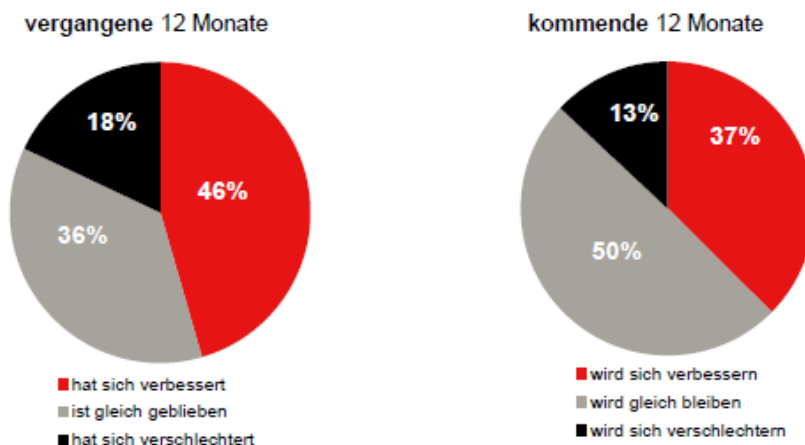
Ziele der laufenden Exportoffensive:

- ✓ Steigerung der Anzahl der Neuexporteure (vor allem in Richtung Europa)
- ✓ Bestehende Exporteure auf Überseemärkte führen und deren Internationalisierungsgrad langfristig festigen (Vertriebspartner etablieren, Auslandsinvestitionen fördern)
- ✓ Erhöhung der Zahl der Dienstleister im Export
- ✓ Steigerung der Exporte von Technologien/hochwertigeren Waren

Um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu steigern, ist aber die Politik gefordert, den Standort Österreich dynamisch und mit einer klaren Strategie weiterzuentwickeln, um die komparativen Vorteile Österreichs zu sichern und auszubauen. Gerade vor dem Hintergrund des stärker werdenden internationalen Wettbewerbs und sich stetig verändernder (Produktions-) Bedingungen, sind die heimischen Unternehmen auf wettbewerbsfähige und planbare Standortfaktoren sowie auf ein verbessertes Investitionsumfeld angewiesen. Vor allem Investitionen zur Produktivitätssteigerung und die Entlastung des Faktors Arbeit sind dringend notwendig, um einen übermäßigen Anstieg der Lohnstückkosten zu verhindern.

Perspektiven der heimischen Firmen

1. Wie beurteilen Sie aus der Sicht Ihres Unternehmens die Entwicklung des allgemeinen Wirtschaftsklimas/die Wirtschaftslage in den TOP-Export- u. Investitionsländern - Stimmungsbild?



„Optimistisch“/ABC-Indikator-Umfrage 2017

In der ABC-Indikatorumfrage der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA werden jährlich die Niederlassungen der heimischen Firmen befragt. Die Zielländer sind ausgewählt nach dem österreichischen Exportvolumen in das jeweilige Land sowie der Höhe der österreichischen Direktinvestitionen („Top 25“).

Die Niederlassungen der heimischen Firmen, die Mitglieder der „Austrian Business Circle“ der jeweiligen AussenwirtschaftsCenter, in den für Österreich wichtigsten 25 Auslandsmärkten blicken optimistisch in die Zukunft.

- **Fast die Hälfte aller Auslandstöchtern** der österreichischen Unternehmen sehen die vergangenen 12 Monate positiv, weitere 36 % sehen sie zumindest gleichbleibend und nur 18 % negativ.
- **Fast 90 %** erwarten in den nächsten 12 Monaten eine **gleichbleibende oder positive Entwicklung**.
- **Über 60 % der Unternehmen** erwarten eine **steigende Umsatzentwicklung** in den kommenden 12 Monaten.
- **Wünsche der Firmenvertreter** generell: Berechenbare Wirtschaftspolitik, politische Stabilität und Rechtssicherheit sowie eine generelle Reduzierung der Bürokratie.
- Der **Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften** taucht ganz oben auf der Agenda auf.
- Die Bedeutung der **AussenwirtschaftsCenter** für die Niederlassungen als **Netzwerker und Kontaktvermittler** als **Unterstützer bei Vorsprachen und Interventionen** bei den ausländischen Behörden.
- Bedeutung der Auslandsniederlassungen für die heimischen Unternehmen: **Mehr als ein Drittel der befragten Niederlassungen hat einen Gesamtumsatz von mehr als 20 Mio. Euro**, weitere 14 % erzielen mehr als 10 Mio. Euro Umsatz. Damit liegen fast die Hälfte aller österreichischen Tochterunternehmen im zweistelligen Millionen-Umsatzbereich.
- Bei der Mehrheit der befragten Unternehmen handelt es sich auch um Vertriebsniederlassungen, die diese Umsätze in erster Linie in ihrem jeweiligen Land erzielen. **Lediglich ein Viertel der österreichischen Auslandsniederlassungen sind Produktionsniederlassungen**.

„Sonderfall“ BREXIT:

58 % der befragten österreichischen Unternehmen in Großbritannien erwarten auf lange Sicht (3-5 Jahre) negative Auswirkungen auf ihr Unternehmen durch Brexit. Neben einem wirtschaftlichen Abschwung werden **Steuern/Zölle** und Schwierigkeiten bei der **Entsendung von Mitarbeitern** befürchtet. Im Endeffekt wird mehrheitlich ein **Freihandelsabkommen EU-UK nach kanadischem Modell erwartet**.



III. EUROPÄISCHE UNION

1. Warum Europa für Österreich wichtig ist

Wirtschaftliche Integration - der EU-Binnenmarkt als Chance

Österreich profitierte von allen Stufen der Europäischen Integration, von der Ostöffnung 1989, dem EU-Beitritt 1995 und der Euro-Einführung 2002.

Größter Einzeleffekt war der EU-Beitritt im Jahr 1995. Alle Integrationsschritte haben Österreich ein „Mehr“ an Wachstum von 0,9 % pro Jahr gebracht, in Summe 28,5 % von 1989 bis 2015. Das entspricht einer zusätzlichen Wertschöpfung von knapp 63 Mrd. Euro oder 2,4 Mrd. Euro pro Jahr seit dem EU-Beitritt 1995.

Die EU-Integration (1989 bis 2015) bewirkte:

- 63 Mrd. Euro = 28,5 % mehr Wertschöpfung (reales BIP, Preise 2005)
- 480.000 zusätzliche Arbeitsplätze (18.500 pro Jahr)
- 93.000 Arbeitslose weniger (3.600 pro Jahr)
- Arbeitslosenquote 2015 um 2,7 Prozentpunkte niedriger
- Wohlstand pro Kopf (reales BIP pro Kopf) 2015 um 7.000 Euro höher

Fast 70 % des Außenhandels entfällt auf die Länder der EU, die heimischen Unternehmen sparen jährlich aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der EU rund 1,7 - 4,3 Mrd. Euro an Bürokratiekosten für Grenzformalitäten und Wartezeiten.

Tourismus und Gastronomie profitieren: 85 % der Auslandsgäste kommen aus anderen EU-Ländern, allein die Nächtigungen aus fünf neuen Mitgliedstaaten haben sich nach deren Schengen-Beitritt 2007 verdoppelt. Die Gründe dafür sind EU-Reisepässe, einheitliches Schengen-Visum, Einführung des Euro, mehr verfügbare Arbeitskräfte für Tourismus durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Österreich ist im F&E-Bereich Nettoempfänger: Seit 2014 (Beginn von Horizon 2020) wurden Rückflüsse nach Österreich in Höhe von insgesamt 779,9 Mio. Euro vertraglich fixiert, davon 282 Mio. Euro an Unternehmen. 36,1 % der EU-Rückflüsse nach Österreich wurden durch Unternehmen erzielt (Daten bis 30.9.2017). Rückflüsse nach Österreich in Höhe von 2,8 % der Mittel liegen deutlich über dem Finanzierungsanteil am EU-Budget (2014: 2,3 %, 2015: 2,1 %). Österreich wurde daher auch als Forschungs- und Innovationsstandort attraktiver.

Bisher haben ca. 243.400 Österreicher an ERASMUS und Erasmus+ teilgenommen, davon 110.000 Studierende. 2016 unterstützte die EU mit 2,27 Mrd. Euro 725.000 Europäer mit einem Mobilitätsstipendium, darunter waren 16.620 Österreicher.



Übersicht: Summen der Erasmus Teilnehmer aus Österreich 1992 bis 2017

Erasmus Mundus Studierende und Lehrende	2.000
Europäische Freiwillige	3.200
Teilnehmer an Jugendaustausch	27.500
Teilnehmer an Berufsausbildungsprogrammen	40.700
Lehrende und Jugendbetreuer	60.000
Studierende (inkl. 2017/18)	110.000

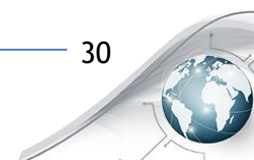
50 % der Studierenden finden im ersten Jahr nach ihrem Abschluss eher einen Job als nicht-mobile Studierende, 80 % der Studierenden sagen, dass sich ihre Fähigkeiten zur Problemlösung verbessert haben und 33 % erhalten ein fixes Übernahmeangebot vom Unternehmen, in dem sie ein Praktikum absolvierten.

Österreich profitiert überdurchschnittlich vom Euro

- ✓ Euro ist verlässliches, sicheres und wertbeständiges Zahlungsmittel.
- ✓ Zweitwichtigste Reservewährung weltweit, 30 % aller Zahlungen weltweit werden in Euro durchgeführt.
- ✓ Entfall Wechselkursschwankungen/Wechselkursrisiken im Euroraum.
- ✓ Erspart Wechselkurskosten von 20 - 25 Mrd. Euro im Jahr für Unternehmen.
- ✓ Wegfall Transaktionskosten, keine Spesen bei Euro-Bankomatabhebungen.
- ✓ Keine Absicherung nötig.
- ✓ Inflationsrate niedriger (im Schnitt 2 % niedriger als zu Schilling-Zeiten), das erhält die Kaufkraft der Einkommen und schützt die Ersparnisse vor Entwertung.
- ✓ Grenzüberschreitender Handel innerhalb der Eurozone hat um 10 % zugenommen.
- ✓ Mehr grenzüberschreitende Investitionen.
- ✓ Transparenz der Preise (Vergleichbarkeit) hat zugenommen, was zu mehr Wettbewerb geführt hat.
- ✓ Österreich ist der größte Gewinner der Währungsunion, denn diese führte zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 9,3 %.
- ✓ Mittlerweile wirksame Instrumente zur Stabilisierung der Eurozone geschaffen (Bankenunion, Geldpolitik der EZB inklusive außerordentliche Maßnahmen, ESM als permanenten Rettungsschirm für Mitgliedstaaten in Schwierigkeiten).

Defizite/Schwachstellen des Euro

- Der Eurozone mangelt es aber immer noch an Mechanismen, um die unterschiedliche Performance seiner Mitglieder zu bewältigen.
- Die Währungsunion, ist Gemeinschaftskompetenz während die Wirtschaftsunion in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleibt und somit eine Asymmetrie entsteht.
- Es gibt mittlerweile eine Reihe von Regeln zur wirtschaftspolitischen Steuerung, deren Nichteinhaltung aber nicht zwingend sanktioniert wird - dies führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem.



Politische Integration - die EU eine Chance für die Zukunft

Politische Bedeutung der EU-Gesetzgebung für Österreich

80 % der wirtschaftsrelevanten EU-Gesetzgebung hat ihren Ursprung in Brüssel, z.B. Handelspolitik (zu 100 %), Wettbewerbsregelungen, Umweltschutzregeln, Finanzdienstleistungsregeln, Agrarpolitik, viele technische Normen und Standards, gegenseitige Anerkennung von Prüfzeugnissen, Ausbildungen und Diplome etc.

Mitgliedschaft heißt Teilnahme am Gesetzgebungsprozess

Die Alternative wäre autonomer Nachvollzug von EU-Recht (EWR-Mitgliedschaft), allerdings hätte dann Österreich keine Möglichkeit den Gesetzgebungsverfahrensprozess mitgestalten zu können - eine proaktivere Interessenvertretungspolitik unseres Landes und das Schmieden von Allianzen für die Durchsetzung eigener Anliegen wäre allerdings notwendig (Negativbeispiel: Bewerbung für die Medizin- und Bankenagentur aus London).

Die EU ist globaler Akteur - Österreich nicht!

Die EU macht heute 7 % der Weltbevölkerung aus, rund ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung und kommt für über 50 % der weltweiten Sozialleistungen auf. **Österreichs Anteil an der EU-Bevölkerung ist ca. 1,7 %, an der EU-Wirtschaftsleistung rund 2,4 %.** Die EU kann aufgrund der wirtschaftlichen Stärke vorteilhaftere Handelsabkommen abschließen, die „Verhandlungspower“ Österreichs wäre dementsprechend gering. Das heißt: Bessere Konditionen für Österreich bei Drittstaatsabkommen.

Mitgliedschaft heißt Vermeidung von Bürokratie (Grenzkontrollen)

Die kurzfristige Schließung der Grenzen im Zuge der Flüchtlingskrise hat gezeigt, welchen Schaden das für die österreichische Wirtschaft bedeutet, die als kleine Volkswirtschaft und Binnenland auf durchlässige Grenzen angewiesen ist.

Mitgliedschaft heißt Vermeidung von Handelshemmnissen und damit Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Aufgrund der engen wirtschaftlichen und geografischen Verflechtung kann es sich Österreich nicht leisten, Handelshemmnisse entstehen zu lassen. Daher liegt die Integration und Teilnahme im engsten Kreis der EU (Euro, Schengen, Zollunion etc.) im ureigensten Interesse unseres Landes.

Mitgliedschaft heißt mehr und bessere Informationen aus Europa

Die österreichische Wirtschaft bekommt leichter Zugang zu Informationen aus anderen Ländern. Der Informationsfluss von der EU nach Österreich hat zugenommen, „best practices“ sind leichter verfügbar und die Teilnahme an europäischen Projekten bringt Know-How Transfer auch nach Österreich.



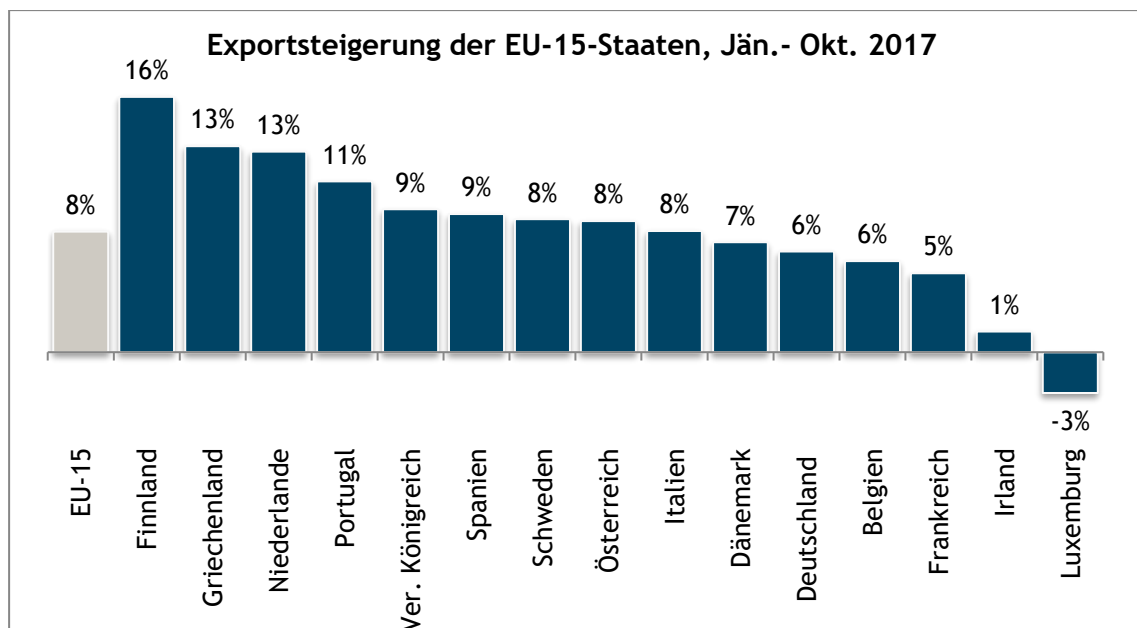
2. Auch die EU-Exportwirtschaft auf Rekordkurs

So wie die österreichische Exportwirtschaft ist auch die Exportwirtschaft in der gesamten EU auf Rekordkurs - das angesichts eines prognostizierten Welthandelwachstums von knapp 4 % im Jahr 2018 (IWF). In einer Welt der globalen Unsicherheit haben Europas Exportbetriebe Standfestigkeit, Konkurrenzfähigkeit und Widerstandskraft bewiesen. Die Europäer setzen auch einen wichtigen Kontrapunkt zur Politik von US-Präsident Donald Trump, der auf „Einigeln“ und den Rückzug aus internationalen Abkommen (Abkehr von TTIP, Rückzug aus dem bereits ausverhandelten Transpazifik-Abkommen TPP etc.) setzt.

Dem Höhenflug der europäischen Exportwirtschaft entspricht auch der jüngst von Deloitte in der Studie „Global Perspectives for Private Companies“ (befragt wurden 1.900 Führungspersonen in 30 Ländern, darunter auch Österreich) **festgestellte anhaltende Trend zur Globalisierung**. Wichtigste Conclusio: Die Märkte wachsen immer stärker zusammen. So sehen **79 %** der befragten Unternehmen **ihren Umsatz von internationalen Marktentwicklungen beeinflusst**. Im Exportland Österreich ist für **9 von 10 Unternehmen der Welthandel wichtig für die eigene Lieferkette**.

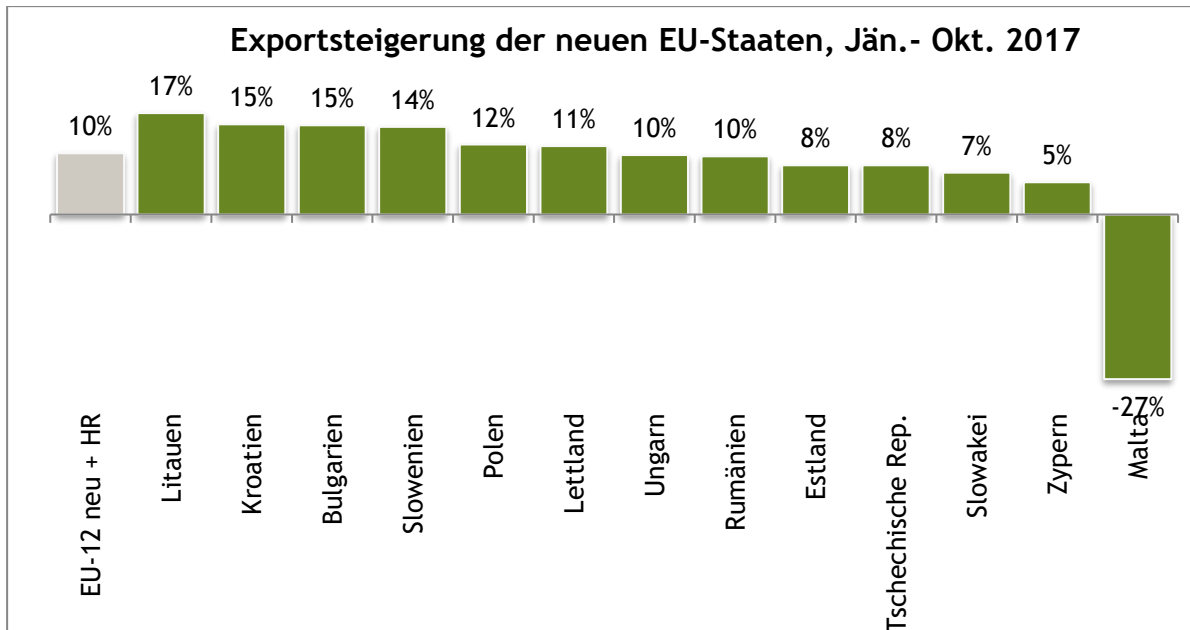
Statt über die Globalisierung zu jammern, müssen wir daher ihre Möglichkeiten zum Vorteil der österreichischen und europäischen Betriebe und ihrer Beschäftigten nutzen. Offene Märkte sowie gute bilaterale und internationale Beziehungen sind eine zentrale Voraussetzung für ein **exportorientiertes Land wie Österreich und einen exportorientierten Kontinent wie Europa**.

Offene Märkte nutzen der Wirtschaft und stärken Jobs und Wohlstand. Aus Sicht der Wirtschaft muss die EU Kurs halten bei Handelsabkommen, CETA rasch umfassend umsetzen, Japan-Abkommen zügig unter Dach und Fach bringen und bei anderen Handelsabkommen (Mercosur, Mexiko etc.) einen Zahn zulegen.



Quelle: EUROSTAT / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication





Quelle: EUROSTAT / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Corporate Communication

3. Österreich in der EU oder Öxit?

Im Zuge des britischen Brexit-Referendums wurden die Konsequenzen eines EU-Austritts auch in Österreich diskutiert. Prof. Keuschnigg von der Universität St. Gallen kommt dabei zu einem klaren Ergebnis: **Österreich wäre ohne Europäische Union viel schlechter dran.**

Ein Öxit würde Österreich zwar die Zahlungen an die EU ersparen, aber gleichzeitig ein Vielfaches an Wohlstand riskieren. Bei einem EU-Austritt würde Österreich wieder auf den Status eines Drittstaates zurückfallen. Die Unternehmer wären mit nichttarifären Handelsbarrieren (Zollformalitäten, Genehmigungsverfahren, regulatorischen Auflagen) und Zöllen konfrontiert. Die zahlreichen positiven Effekte der Mitgliedschaft würden aufgehoben werden und zu **langfristigen Einkommensverlusten von 7 % des BIPs** führen. Gleichzeitig machen die **Einsparungen der Nettobeiträge an die EU weniger als 0,4 % des BIP** aus. Das bedeutet, dass den **Beitragszahlungen an die EU das 19-fache an Wohlstandsgewinn gegenübersteht.**

Geringer - etwa minus 1-2 % des BIP - würden die Verluste ausfallen, wenn Österreich nach dem Öxit **der EFTA oder dem EWR** beitreten würde und damit den Zugang zum Binnenmarkt behielte. Dann wären aber weiter Beiträge zu zahlen. Österreich hätte wenig Autonomie in der Wirtschaftspolitik gewonnen, aber sehr viel an Einfluss in der EU verloren.



4. Brexit

Im Juni 2016 sprach sich eine knappe Mehrheit von 52 % für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union aus. Der Austrittsprozess selbst wurde im März 2017 mit der Übergabe des formellen Austrittsgesuchs gemäß Art. 50 EU-Vertrag gestartet. Zwei Jahre, bis 29. März 2019, stehen zur Verfügung um den Austrittsvertrag unter Dach und Fach zu bringen.

Bis Herbst 2018 müssen die Verhandlungen über die Trennung und die Eckpunkte einer neuen Beziehung abgeschlossen werden, um noch genügend Zeit für die Umsetzung eines geregelten Austritts zu haben. Europa und die europäische Wirtschaft müssen sich jedoch auch darauf vorbereiten, dass die Verhandlungen gänzlich scheitern - ein mögliches und nicht gänzlich unrealistisches Szenario.

Zwei Verhandlungsphasen

Die Austrittsverhandlungen gliedern sich in zwei Phasen. In einer ersten Phase befasste man sich mit allen unmittelbar mit einem Austritt verbundenen Fragen. Dazu zählen die Rechte von EU- und britischen Bürgern, die Vereinbarung über eine offene Grenze zwischen Nordirland und Irland sowie Details über die Kostenaufteilung des Brexit. In der derzeit laufenden zweiten Verhandlungsphase befasst man sich mit Übergangsregelungen und dem Rahmen für ein künftiges Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Ein Vertrag über die künftigen Beziehungen kann erst geschlossen werden, sobald das Vereinigte Königreich aus der EU ausgetreten ist. Ein erstes Einvernehmen über die Ausgestaltung dieses künftigen Vertrages wird aber bereits im Austrittsvertrag geregelt, also noch vor dem Brexit.

Nachdem für eine maßgeschneiderte Übergangsregelung die Zeit fehlt, ist die Verlängerung des status-quo auf weitere zwei Jahre wahrscheinlich. Verhandlungsführer Barnier spricht von einer Übergangszeit bis Ende 2020. Das würde bedeuten, dass das Vereinigte Königreich weiterhin am EU-Binnenmarkt und an der Zollunion teilnehmen wird, sich an die EU-Handelspolitik halten und gegenüber Drittstaaten den EU-Außenzolltarif inklusive EU-Kontrollen anwenden muss. Alle vier Binnenmarktfreiheiten und der gesamte EU-Besitzstand würden für eine begrenzte Zeit weiter Anwendung finden. Damit hätte die britische Regierung aber sämtliche Versprechen der Brexit-Befürworter gebrochen, denn das Land müsste weiterhin finanzielle Beiträge leisten, EU-Regeln anwenden, den Europäischen Gerichtshof anerkennen und das alles ohne Mitspracherecht. Ein Drittstaat, der das Vereinigte Königreich in der Übergangsphase dann schon wäre, kann nicht an der Beschlussfassung der EU-Organe und Einrichtungen mitwirken.

Was den Rahmen für die künftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen betrifft, wäre aus Sicht der Wirtschaft ein möglichst weitreichender gegenseitiger Marktzugang wünschenswert. Möglich wäre etwa der Zugang zum EU-Binnenmarkt, wie ihn die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums (EU, Island, Liechtenstein, Norwegen) haben. Das spießt sich jedoch mit den britischen Vorstellungen, nach denen das Land volle Kontrolle über die Einwanderung als auch die Judikatur wiedererlangen möchte. Ein Binnenmarktzugang à la carte (freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, aber ohne Personenfreizügigkeit)



ist für die EU-Seite nicht denkbar, zu groß wäre die Gefahr von Nachahmern. Aus diesem Grund gehen viele Beobachter von einem umfassenden Freihandelsabkommen als Nachfolgeabkommen aus. Als Vorbild könnte das Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) dienen, mit dem 98 % der Zölle und ungerechtfertigte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ abgeschafft wurden. Darüber hinaus könnten auch der Dienstleistungshandel, Investitionen (Marktzugang und Investitionsschutz), der Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten, der Schutz geistiger Eigentumsrechte, einige Wettbewerbsregeln (Monopole, Kartelle...) und ganz allgemein, eine engere und institutionalisierte Kooperation zwischen den Behörden geregelt werden. Von Handelsabkommen nicht umfasst sind Politikbereiche der EU wie etwa Verteidigung, Terrorismusbekämpfung, Gesundheit oder die EU-Programme (z.B. Erasmus, Forschung). Kritisch könnte vor allem auch die Dauer Umsetzung des neuen Abkommens sein. Üblicherweise rechnet man mit Ratifizierungszeiträumen zwischen 4-6 Jahren. Diese Zeit fehlt aber im Fall des Vereinigten Königreichs.

Wirtschaftliche Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich

Wirtschaftlich wird der BREXIT den Briten mehr schaden als der EU. Die EU ist mit Abstand der größte Handelspartner des Landes. Rund die Hälfte des britischen Außenhandels wird mit der Union abgewickelt: 47,4 % der Ausfuhren gehen in die EU, 50 % der Einfuhren kommen von dort. Umgekehrt sind nur rund 6,5 % aller EU-Ausfuhren für das Vereinigte Königreich bestimmt bzw. stammen nur 3,8 % der EU-Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich. Durch den gefallen Wechselkurs des britischen Pfundes steigen die Preise für Importprodukte, die Inflation steigt, Konsumenten verlieren an Kaufkraft. Lediglich die britischen Exporte profitieren derzeit vom günstigen Pfund-Wechselkurs.

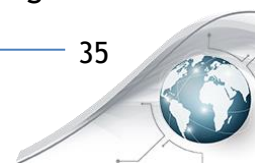
Forderungen der Wirtschaft an die Brexit Verhandlungen

Die österreichischen Unternehmer erhoffen sich für die zweite Verhandlungsphase raschere Fortschritte als bisher, denn sie müssen sich auf einen Brexit vorbereiten können. Ehestmögliche Klarheit über die Grundzüge der künftigen Beziehungen und die rechtlichen Rahmenbedingungen ist für unternehmerische Planungsprozesse dringend erforderlich.

Nachdem es unwahrscheinlich ist, dass mit dem Austrittsdatum - dem 29.3.2019 um Mitternacht - bereits ein Nachfolgeabkommen in Kraft sein wird, wäre die Beibehaltung des status-quo in einer Übergangsphase notwendig. Damit könnte mittelfristig Rechtssicherheit für die Wirtschaft gewährleistet werden, bis ein neues Abkommen steht. Danach wäre ein Abkommen, mit dem das Vereinigte Königreich einen möglichst weitreichenden Zugang zum Binnenmarkt behielte, ohne Wiedereinführung von Zöllen und eine Minimierung von regelungsbezogener Divergenzen die sinnvollste Variante um den wirtschaftlichen Verflechtungen über den Ärmelkanal Rechnung zu tragen.

Auswirkungen eines Brexit auf Österreich

Österreich als Exportnation profitiert stark vom Zugang zum EU-Binnenmarkt und damit auch zum britischen Markt. Einerseits direkt durch den Handel von Waren und Dienstleistungen, aber auch indirekt als Zulieferer an große Exportunternehmen, wie etwa der deutschen Automobilindustrie, die einen regen



Handel mit dem Vereinigten Königreich betreiben. Der britische Markt ist ein wichtiger Warenexportmarkt und ein Brexit wird daher negative Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft haben. In welchem Ausmaß diese eintreten werden, hängt vom künftigen Verhältnis ab. Voraussichtlich wird der volkswirtschaftliche Schaden im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten wesentlich geringer spürbar sein. Die Auswirkungen auf den österreichischen Wohlstand halten sich in Grenzen, das ifo-Institut geht von einem Rückgang des realen BIPs von 0,1 % aus. Einzelne Branchen und Unternehmen können aber durchaus auch stärker von den Auswirkungen betroffen sein. So entfallen die Hälfte der Gesamtexporte auf Maschinen und Fahrzeuge.

5. Die Österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat oder Ministerrat ist neben dem Europäischen Parlament „Gesetzgeber“ der EU. Er setzt sich aus 28 Mitgliedern zusammen, jeder Mitgliedstaat entsendet einen nationalen Regierungsvertreter. Die Mitgliedstaaten übernehmen in Rotation für sechs Monate den Vorsitz im Rat. Ausnahme sind der Rat Allgemeine Angelegenheiten und der Europäische Rat, wo es einen permanenten Vorsitzenden gibt.

Triopräsidentschaft

Um für Kontinuität zu sorgen und sich gegenseitig bei den zahlreichen Aufgaben zu unterstützen, schließen sich jeweils drei Vorsitzländer zu einem Trio zusammen. Arbeitsgrundlage für das Trio bildet ein gemeinsames Präsidenschaftsprogramm. Das derzeitige Trio umfasst Estland (2. Halbjahr 2017), Bulgarien (1. Halbjahr 2018) und Österreich (2. Halbjahr 2018). Die drei Präsidenschaften möchten sich insbesondere folgenden Themen widmen:

- Arbeitsplätze schaffen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben.
- Die Unionsbürger stärken und schützen.
- Eine Energieunion und zukunftsorientierte Klimapolitik für Europa.
- Eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.
- Die EU als starker, globaler Akteur.

Aufgaben des EU-Vorsitzes

Zu den Pflichten des Vorsitzes zählen die Einberufung und Organisation von Ratssitzungen und die Erstellung der Tagesordnungen. Damit wird der Vorsitz auch zum Impulsgeber für europäische Schwerpunkte und kann Einfluss auf EU-Aktivitäten ausüben. Der Vorsitz leitet die Sitzungen und entscheidet über den Zeitpunkt der Abstimmung (bei der Abstimmung selbst hat er jedoch kein größeres Stimmgewicht).

Nachdem jede Präsidenschaft möglichst viele Verhandlungserfolge vorweisen möchte, zählt zu den wichtigsten Aufgaben als unabhängiger Vermittler in Verhandlungen Kompromisse herbeizuführen und letztendlich eine tragfähige Lösung für alle Seiten zu finden. Um als vertrauenswürdig wahrgenommen zu werden, muss das Vorsitzland daher Eigeninteressen eher zurückhalten.



Schwerpunkte unter österreichischem EU-Ratsvorsitz

Für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018 steht ein besonders intensives halbes Jahr an, denn es gilt eine Reihe an wichtigen, zukunftsentscheidenden Themen zu bewältigen. So zählen zu den großen Herausforderungen die Umsetzung der Europäischen Sicherheits- und Migrationsagenda, Terrorismusbekämpfung, Westbalkan, die Diskussionen zum mehrjährigen Finanzrahmen post 2020, das Brexit-Verhandlungsfinale und die Debatte zur Zukunft der Europäischen Union.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz fällt in eine EU-politisch sensible Zeit, denn die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments neigt sich dem Ende zu, ebenso wie die Amtszeit der Europäischen Kommission. Zahlreiche Dossiers sollen vor den Wahlen des Europäischen Parlaments im Frühjahr 2019 noch unter Dach und Fach gebracht werden und eventuell auch schon die Weichen für eine neue Legislaturperiode gestellt werden. Für die Österreicher steht daher eher das Abarbeiten von Dossiers im Vordergrund als das Setzen neuer Akzente. Erschwerend könnte auch die Tatsache sein, dass sowohl vor als auch nach Österreich Mitgliedstaaten den Vorsitz übernehmen, die noch keine Erfahrungen als EU-Ratspräsidentschaft sammeln konnten. Dementsprechend stark steht der österreichische Vorsitz dieses Mal unter Druck.

Wichtige Themen aus Sicht der Wirtschaft für das 2. Halbjahr 2018:

Unternehmertum fördern, und zwar insbesondere KMU, durch Zugang zu Finanzierung, Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, Innovation, Internationalisierung und Bürokratieabbau.

Beschäftigung ankurbeln durch gut ausgebildete Fachkräfte, auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtete Kompetenzen, einen stärkeren Fokus auf Aus- und Weiterbildung, die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und die Förderung des dualen Ausbildungssystems in Europa.

Eine ausgewogenere Balance in der **Verbraucher- und Konsumentenschutzpolitik**, die die Interessen der Unternehmer miteinbezieht und sich am Leitbild des mündigen Verbrauchers orientiert sowie eine Vereinfachung überbordender Informationspflichten.

Ein **globales Europa** mit einer ambitionierten EU-Handelspolitik, von der besonders Österreich als Exportnation profitiert.

Investitionen in die Zukunft durch die Weiterentwicklung des Europäischen **Forschungs- und Innovationsraums**.

Subsidiaritätsprinzip stärker berücksichtigen und auf Bereiche mit signifikantem EU-Mehrwert konzentrieren.

Marschall-Plan für Afrika: eine neue Partnerschaft unter Einbeziehung des afrikanischen Privatsektors sowie von europäischen KMUs sollte vorangetrieben werden. Schwerpunkt soll auf die Stärkung des Unternehmergeistes, Innovation und Qualifizierung (duales Ausbildungssystem) gelegt werden.



6. Interessenvertretung auf europäischer Ebene

Sehr viele Bereiche der in Österreich gültigen Wirtschaftsgesetzgebung beruhen mittelbar oder unmittelbar auf EU-Regelungen. Um im Konzert der 28 EU-Mitgliedstaaten mitreden zu können, muss die Vertretung wirtschaftlicher Interessen daher neben der nationalen auch auf der europäischen Ebene ansetzen.

Der EU-Binnenmarkt ist für die Exportnation Österreich und die österreichischen Betriebe eine wichtige Lebensgrundlage. Ein möglichst hürdenloses Anbieten von Waren und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg erleichtert wesentlich den Marktzugang. Um diesen Zugang weiter zu optimieren, ist eine proaktive Mitgestaltung der Entscheidungen in „Brüssel“ unumgänglich. Und genau hier setzt Interessenvertretung an.

Unter Interessenvertretung am Sitz der EU-Institutionen versteht man den Versuch der Mitgestaltung europäischer Regelungsvorhaben. Nur durch rechtzeitige und wirksame Mitgestaltung kann Qualität, Praxistauglichkeit, Akzeptanz und schließlich effektive Anwendung von EU-Vorhaben verbessert werden.

Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber der WKÖ die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in und gegenüber der Europäischen Union übertragen und ihr ein Informations- und Stellungnahmerecht zu Vorhaben betreffend die EU-Rechtsetzung eingeräumt.

Die Interessenvertretung umfasst sowohl das Informationsmanagement (Besorgung, Austausch, Aufbereitung, Verarbeitung und Weiterleitung von Informationen) als auch das Ausloten und die Vertretung von Anliegen. Welche Interessen tatsächlich gehört werden, hängt wesentlich von der Repräsentativität des Interessenvertreters, der fachlichen Kompetenz und der Glaubwürdigkeit des Anliegens ab.

Abgrenzung Lobbying und Interessenvertretung	
Lobbying	Interessenvertretung
<ul style="list-style-type: none"> • Einzelinteressen • Privatrechtlicher Vertrag • Häufig gegen Entgelt 	<ul style="list-style-type: none"> • Interessen die von einem Teil der Gesellschaft getragen werden • Gesetzlicher Auftrag • Häufig interner Interessenausgleich nötig

Transparenzregister

Um den EU-Beschlussfassungsprozess transparenter zu gestalten, haben das Europäische Parlament und die Kommission 2011 ein gemeinsames öffentliches Transparenzregister auf den Weg gebracht. Es bietet einen Überblick, welche Einzelpersonen und Organisationen in welchen Politikbereichen und mit welchen finanziellen Mitteln die Entscheidungsfindung der EU zu beeinflussen versuchen. Im Juli 2017 sind über 11.300 Organisationen registriert, so auch die WKÖ.

Besonders auf europäischer Ebene ist es wichtig sich in Dachverbänden zu organisieren um mit einer Stimme zu sprechen. Wichtige Verbündete der WKÖ in der wirtschaftlichen Interessenvertretung sind die europäischen Wirtschaftsverbände. Vereinigungen wie EUROCHAMBRES, UEAPME, BUSINESS



EUROPE oder EUROCOMMERCE decken die gesamte Bandbreite der Wirtschaft ab. Ihr großer Vorteil liegt darin, dass sie gegenüber den EU-Organen als repräsentative „Stimme der Gesamtwirtschaft“ auftreten können.

7. Die Europäische Wirtschaftskammer - EUROCHAMBRES

EUROCHAMBRES - the Association of European Chambers of Commerce and Industry wurde 1958 als Antwort auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet und ist die größte Organisation für wirtschaftliche Interessenvertretung auf EU-Ebene. Ziel ist es, zur Entwicklung eines unternehmensfreundlichen und wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Umfelds in Europa beizutragen, den Wirtschaftsstandort zu stärken und europäische Unternehmer fit für den globalen Wettbewerb zu machen. EUROCHAMBRES setzt sich für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und versucht diesen den Zugang zu Märkten innerhalb und außerhalb der EU zu erleichtern.

Die Organisation repräsentiert über 45 Mitglieder (Kammern) und ein Netzwerk von 1.700 regionalen und lokalen Kammern. Sie ist die Stimme von über 20 Mio. europäischen Unternehmen, die insgesamt über 120 Mio. Menschen beschäftigen, ein Großteil davon, über 93 %, sind kleine und mittlere Unternehmen.

Prioritäten von EUROCHAMBRES (<http://www.eurochambres.eu/>):

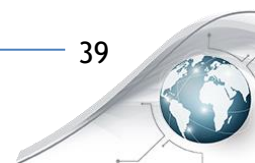
- Unternehmergeist unterstützen
Zugang zu Finanzmitteln, Bürokratieabbau, Freier Handel
- Reagieren auf neue Herausforderungen
Digitalisierung, Migration und Integration, Klimawandel, Innovation, Automatisierung, Implementierung neuer Technologien
- Menschen: Talente zu Fähigkeiten bringen
Lebenslanges Lernen, Erasmus +, Lehrstellen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, duale Bildung

Seit 1.1.2018 ist Dr. Christoph Leitl Präsident der Europäischen Wirtschaftskammer.

Europäische Offensive in der Wirtschaftspolitik

Neben einer Politik des freien und fairen Welthandels ist eine europäische Offensive zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gefordert. Europas Wirtschaft läuft derzeit viel besser als in den vergangenen Jahren. Das ist eine riesige Chance, um Europa jetzt durch richtige und rasche Maßnahmen nachhaltig zukunftsfit zu machen. Unsere Antwort auf „America first“ und „China strong“ muss jetzt heißen: „Europe competitive“!

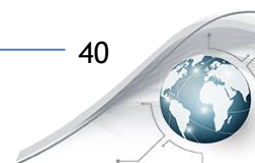
Notwendig sind insbesondere eine Stärkung des unternehmerischen Umfelds mit weniger Bürokratie, mehr Kreativität, Innovation und einem leichteren Zugang zu Unternehmensfinanzierungen vor allem auch für Unternehmensgründer.



Drei Schwerpunkte werden in der künftigen Arbeit der Europäische Wirtschaftskammer im Vordergrund stehen:

- ❖ Um ein Zurückfallen europäischer Unternehmen bei der Digitalisierung etwa gegenüber US-Technologiekonzernen zu vermeiden, ist **ein Fitnessprogramm für die Digitalisierung („digifit“)** notwendig, um allen EU-Unternehmen eine Teilnahme in neu entstehenden Wertschöpfungsketten zu ermöglichen.
- ❖ Trotz der guten Wirtschaftslage in Europa ist die **Jugendarbeitslosigkeit** viel zu hoch. Zugleich wird der Fachkräftemangel in vielen Ländern immer deutlicher spürbar. Ein Weg könnte der Austausch von „best practices“ sein. Eine Chance für Europas Jugend ist etwa **die duale Ausbildung**, wie sie in Deutschland und Österreich erfolgreich umgesetzt wird. Die geringe Jugendarbeitslosenrate in Österreich animiert viele europäische Staaten dazu, sich das System genauer anzuschauen und zu übernehmen. Talente und Fähigkeiten müssen stärker gefördert werden und dazu ist lebenslanges Lernen unerlässlich. EU-Programme wie Erasmus+ sollen mit den entsprechenden Mitteln auch in Zukunft ausgestattet werden. Die europäische Wirtschaft kann hier als Vermittler von Lebens- und Zukunftsperspektiven positiv wirken.
- ❖ Der Kampf gegen eine **überbordende Bürokratie** muss neu aufgenommen werden. In Überlegung steht hier die Einsetzung einer „Task force“ auf europäischer Kammerebene, um bestehende EU-Regeln in Hinblick auf deren Belastung für die Unternehmen zu durchforsten.

Ein starkes und geeintes Europa muss Antworten auf die Sorgen und Ängste der Menschen in Bezug auf Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und Migration haben. Die Europäische Wirtschaftskammer versteht sich als Begleiter der Politik und als Impulsgeber, Dienstleister sowie Optimismus- und Wohlstandsvermittler. Klar ist: Ein offensives Europa ist die beste Antwort an die globalen Herausforderer!



IV. PUBLIKATIONEN

ZUKUNFT | WIRTSCHAFT - Standort Österreich 2015 - 2020

Mit „ZUKUNFT | WIRTSCHAFT - Standort Österreich 2015 - 2020“ stellt die Wirtschaftskammerorganisation Ideen für eine chancenreiche Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Österreich und eine Verbesserung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit vor. Die Publikation finden Sie unter:

www.wko.at/zukunftwirtschaft

Monitoring Report

Der „Monitoring Report“ analysiert anhand einer Vielzahl an Rankings und Indikatoren die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Österreich und zeigt Österreichs Position und Entwicklung über die letzten Jahre und im internationalen Vergleich auf. Den Report finden Sie unter:

www.wko.at/monitoringreport

Wirtschaftsbarometer Austria

Der Wirtschaftsbarometer Austria (WBA) ist die größte Befragung der gewerblichen Wirtschaft zur konjunkturellen Situation, ihren Erwartungen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Der halbjährlich durchgeführte WBA ist ein wichtiges Instrument der Interessenpolitik der Wirtschaftskammer Österreich. Die Ergebnisse des WBA finden Sie unter: www.wirtschaftsbarometer.at

Erfolge

Die wichtigsten interessenpolitischen Erfolge der Wirtschaftskammer Österreich finden Sie unter: www.wko.at/erfolge

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ist die Internationalisierungs- und Innovationsagentur der österreichischen Wirtschaft

Bei uns finden Sie Informationen sowie Ansprechpartner zu allen Fragen rund ums Auslandsgeschäft: Export, Import, Auslandsinvestitionen, Länderinformationen, internationale Branchenentwicklungen. www.wko.at/aussenwirtschaft

Das Servicemagazin der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/AUSSENWIRTSCHAFT_magazine_-_Das_Servicemagazin_der_Aussenwi.html

Fresh View zu den Themen Österreichs Born Global Champions und Hidden Champions

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/fresh-view-2015-special-edition-austrias-hidden-champions.pdf

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/special-edition-austria-s-born-global-champions_III.pdf

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/fresh-view-2016-special-edition-austrias-global-champion-II.pdf

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/fresh-view-2015-special-edition-austrias-global-champion-I.pdf



ABC-Indikator 2017

Umfrageergebnisse der österreichischen TOP-25-Export- und Investitionsländer vom Oktober 2017

www.wko.at/service/aussenwirtschaft/abc-indikator-umfrage.html

Sämtliche Publikationen sowie Informationen zu **EU-Jobausschreibungen, dem EU-Traineeprogramm sowie zur Interessenvertretung in der EU** finden Sie unter:

www.wko.at/eu

Position der WKÖ zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018

Im zweiten Halbjahr 2018 übernimmt Österreich zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Aus Sicht der WKÖ sollte im zweiten Halbjahr 2018 besondere Priorität auf Wachstum, Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gelegt werden.

Die Publikation finden Sie unter: <https://news.wko.at/news/oesterreich/die-oesterreichische-eu-ratspraesidentschaft-2018.html>

BREXIT und die Folgen

Im EU Top Thema finden Sie eine kurze Analyse über die Austrittsmodalitäten und mögliche Alternativen zu einer britischen EU-Mitgliedschaft.

Die Publikation finden Sie unter:

https://news.wko.at/news/oesterreich/eutt_brexit.pdf

Legenden & Mythen rund um die Europäische Union

Wer kennt sie nicht, die Schauergeschichten rund um die EU: Ob Dekolletéverbot für Kellnerinnen in Schanigärten, die Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Vertrag von Lissabon oder das angebliche Vorhaben Weihnachtskekse zu versalzen und dänische Zimtschnecken auszurotten ... die Liste der Absurditäten, die der "Beamtenhochburg Brüssel" angelastet werden, ließe sich lange fortführen. Oft beruhen diese abenteuerlichen Geschichten auf Hörensagen, Gerüchten und Halbwahrheiten, die mit der Zeit zu "empfundenen Wahrheiten" wurden.

Die Publikationen finden Sie unter:

https://news.wko.at/news/oesterreich/eu_mythen.pdf

